AZA 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 1 | 21. JANUAR 2022 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Frankreich: Fällt die Grande Nation an die Faschisten? Seiten 10–11

Milliarden-Auftrag

Bravo, Herr Spuhler!

Aber die Büezer wollen auch öppis davon haben!

Seite 3

Was bringt das Jahr 2022?

Renten, Löhne, Steuern: Das neue Jahr wird kämpferisch. Seiten 4–5

Mehr Geld für die Demokratie

13. Februar: Darum ist die Medienförderung so wichtig. Seite 7

Frauen am Berg

Alpinismus ist auch eine Aufsteigerinnen-Geschichte. Seite 15

Sparen beim Ausgeben!

Der grosse Ratgeber, mit dem Sie schon im Januarloch für das ganze Jahr sparen. Seite 16–17

FOTOS: KEYSTONE (2) / GETTY

workedito
Marie-Josée Kuhn

BESTEUERT UNS!

Millionäre, die mehr Steuern zahlen wollen? Und laut schreien: «Tax me now!» Besteuert mich, jetzt! Tja, es gibt eben nichts, was es nicht gibt. Diese Woche haben 102 Millionärinnen und Millionäre einen offenen Brief an alle Teilnehmenden des Welt-Geldsack-Forums WEF geschickt. Dieses findet auch im Jahr 2 von Corona online statt. Und sie hauen darin mit der Faust auf den digitalen Tisch. Weil sie die Nase voll haben von der tödlichen Ungleichheit. Pervers, aber wahr: Die Coronakrise hat die Reichsten dieser Welt noch reicher gemacht.

Und wie die Steuerloch-Graber wieder lügelen!

Und die Armen zahlreicher. So konnten die weltweit 2755 Milliardärinnen und Milliardäre ihr Vermögen seit Beginn der Pandemie stärker vermehren als in den gesamten 14 Jahren zuvor. Der Goldrausch ist beispiellos, wie der Bericht der internationalen Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam zeigt. Und während die fetten Krisengewinnler Corona-Party feiern, fallen immer mehr Arme unter die von der Weltbank definierte Armutsgrenze von 5 Dollar 50 pro Tag. Seit (und mit) Corona 163 Millionen Menschen mehr. Der Skandal zeigt sich auch beim Impfschutz: bisher nur rund neun Prozent der Menschen in einkommensschwachen Ländern Afrikas haben mindestens eine Impfdosis erhalten.

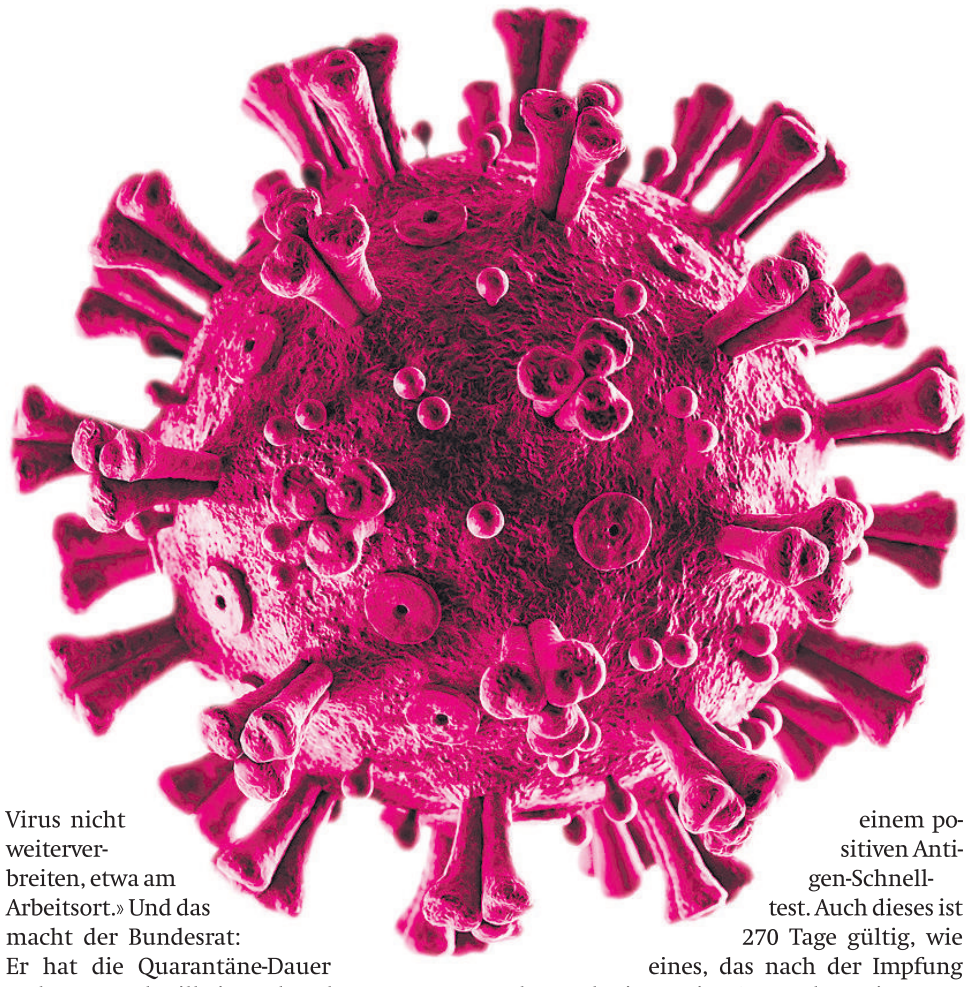
ZWEIMAL WEIHNACHTEN. *Die 102 Tax-me-now-Superreichen fordern, Vermögenssteuern zahlen zu dürfen – und zwar subito! Und sie rechnen (zusammen mit Oxfam) vor: Durch eine Vermögenssteuer, die von den Millionären zwei Prozent jährlich fordern würde und von den Milliardärinnen fünf Prozent, kämen weltweit 2,52 Billionen Dollar pro Jahr zusammen. Diese Summe würde reichen, um 2,3 Milliarden Menschen aus der Armut zu befreien, genügend Corona-Impfstoffe für die ganze Weltbevölkerung herzustellen und eine universelle Gesundheitsversorgung und sozialen Schutz für 3,6 Milliarden Menschen in ärmeren Ländern zu gewährleisten. Es ginge also!*
Doch passiert das Gegenteil: Seit Jahrzehnten geht es mit den Vermögenssteuern nur noch in eine Richtung: nämlich nach unten. Auch in der Schweiz. Kanton um Kanton senkt seine Steuern im grossen Selbst-Kannibalisierungs-Wettbewerb. Und dies ausgerechnet im Land, das weltweit die grösste Millionärsdichte hat. Abgesehen vom Casino-Zwerg Monaco. Doch damit noch lange nicht genug: Am 13. Februar soll für die Aktionärinnen und Konzerne schon wieder Weihnachten sein. Dann stimmen wir über die Abschaffung der Emissionsabgabe ab. Der Auftakt zur Abschaffung aller Abgaben auf Finanztransaktionen. So möchte es die Finanzindustrie. Und so helfen ihre rechten Hände im Bundeshaus. Und wie sie wieder lügelen!

ROTZFRECHE LÜGE. *Ein Segen sei die Abschaffung der Emissionsabgabe, behaupten sie. Ein Segen für die rund 599 000 kleinen und mittleren Unternehmen in der Schweiz. Das ist grober Unfug, wie work-Autor Clemens Studer belegt (Seiten 4–5). Und eine rotzfreche Lüge, wie die Zahlen der Eidgenössischen Steuerverwaltung zeigen. Es sind die Grosskonzerne und Couponschneider, die von einem Ja am 13. Februar profitieren könnten. Zum Beispiel im heute schon zu reichen Zug. Das müssen wir unbedingt verhindern. Denn die rechten Steuerloch-Graber bereiten schon ihren nächsten Coup vor: die Abschaffung der Verrechnungssteuer. Nicht etwa für uns alle. Sondern nur für Anlegerinnen und Anleger. Für uns alle wollen sie nur die Renten senken. Unter den 102 Millionärinnen und Millionären, die endlich besteuert werden möchten, sind übrigens keine aus der Schweiz.*

Corona-Fallzahlen wie nie, Bund und Kantone lockern wie wild

Das Projekt Durchseuchen läuft: Geht die Wette auf?

Die Zahlen explodieren, zum Glück scheint die Omikron-Variante tatsächlich weniger schwer krank zu machen als ihre Vorgängerinnen. Der Bund setzt jetzt auf Durchseuchung. Ohne es zu sagen.



CLEMENS STUDER

38 015 neue Fälle, 154 neue Spitaleinweisungen, 25 Tote. Das sind die Coronazahlen vom Mittwoch, dem 19. Januar 2022 (Redaktionsschluss dieser Ausgabe). Am 15. Dezember (Redaktionsschluss der letzten work-Ausgabe 2021) waren es noch 11 167 neue Fälle gewesen und 220 neue Spitaleinweisungen und 41 Tote.

Nun sind es so viele bestätigte Ansteckungen also wie noch nie bei einer Positivitätsrate von 38,4 Prozent. Die tatsächlichen Infektionszahlen dürften also eher fünf- als dreimal so hoch sein wie die ausgewiesenen – weil zu wenig getestet werden kann. Die «Omikron-Wand» ist da, wie von der Wissenschaft vorhergesagt. Erfreulich ist, dass sich – Stand jetzt – die Hoffnung bestätigt, dass die Omikron-Variante akut weniger schwer krank

Was passiert, wenn sich das Virus nicht an die politischen Entscheid hält?

macht als ihre Vorgängerinnen. Wie es in Sachen Long-Covid aussieht, bleibt offen weil die Variante noch zu wenig lang zirkuliert.

Alles auf bestem Weg also? Zumindest könnte es meinen, wer die neusten Entscheide des Bundesrates anschaut:

Bisheriges Testkonzept ist Makulatur. Bisher galt: Testen, testen, testen. Jetzt, wo die Menschen sich tatsächlich testen lassen, zeigt sich, wie wenig die dafür zuständigen Kantone die Sache im Griff haben. Zu wenig Kapazität, und das nach zwei Jahren Pandemie! Darum gibt der Bundesrat das Durchtesten quasi auf. Er nennt es «Priorisierung». Schulen haben eine kleine Priorität. Damit macht er jenen Kantonen eine Freude, die seit je auf eine Durchseuchung der Kinder gesetzt haben wie zum Beispiel Zürich und Bern.

Aufweichung der Quarantäne. Das sagt der Bundesrat: «Die Quarantäne leistet deshalb einen wichtigen Beitrag dazu, dass Personen das Virus nicht weiterverbreiten, etwa am Arbeitsort.» Und das macht der Bundesrat: Er hat die Quarantäne-Dauer verkürzt. Und will sie Ende Februar ganz abschaffen. So wie auch die Homeoffice-Pflicht. Die Isolation von Erkrankten bleibt (vorläufig) auch auf 5 Tage reduziert. Ab an die Arbeit! Auch wenn wir unter Umständen noch nicht wirklich gesund sind. Gerade dieser Entscheid beziehungsweise seine Begründung könnte auch nach der Pandemie erhebliche Folgen für die Arbeitnehmenden haben. Und die Gewerkschaften beschäftigen. Denn jetzt, wo die Arbeitgeber gemerkt haben, dass sie nur laut genug jammern müssen, um den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmenden aufzuweichen, werden sie das immer wieder versuchen. Motto: «Wer mit ein bisschen Corona arbeiten konnte, kann das auch mit ein bisschen Grippe. Sonst gibt es keinen Lohn.»

CORONA
Mehr zur schweizerischen **Durchseuchungsstrategie** in der Rubrik «Rosa Zukunft» Seite 12

Entwertung des Zertifikats. Ab nächstem Monat gibt's das Genesenen-Zertifikat auch mit einem positiven Antigen-Schnelltest. Auch dieses ist 270 Tage gültig, wie eines, das nach der Impfung oder nach einer mit PCR-Test bestätigten Infektion ausgestellt wird. Das ist eine klare Entwertung des Zertifikats. Darum ist die Billiglösung auch nur im Inland gültig. Im Ausland muss man damit draussen bleiben.

HABEN WIR GLÜCK?

Explodierende Fallzahlen, nicht überlastete Spitäler. Turbo-Öffnung. Ist das jetzt der Anfang vom Ende der Pandemie? Oder die bundesrätliche Kapitulation vor jenen, die seit zwei Jahren auf die Durchseuchung setzen? Und vor der Einsicht, dass die Kantone die von ihnen lautstark eingeforderte Verantwortung sehr selektiv oder auch nicht übernehmen?

Wenn wir Glück haben, geht die Durchseuchungsstrategie auf. Und wenn nicht? Auffällig ist jedenfalls, dass der Bundesrat in den letzten Tagen nur noch von noch schneller möglichen Öffnungsschritten spricht. Von allenfalls nötigen Verschärfungen, wenn das Virus sich – wie schon öfter – nicht an die politischen Entscheide hält, ist keine Rede mehr. Auch wenn immer noch jeden Tag ein Car voll Menschen an Corona stirbt.

Spanien: Erster GAV für Food-Kuriere

MADRID. In Spanien sind die rund 2000 Fahrerinnen und Fahrer des Lieferdienstes «Just Eat» jetzt mit einem Gesamtarbeitsvertrag unterwegs. Ein Durchbruch. Denn bisher behaupteten Dienste wie Eat & Co., dass die Kurierinnen und Kuriere nicht angestellt seien, da sie ihre Aufträge via App erhielten. Das oberste Gericht in Madrid urteilte im Herbst dann aber: Plattform-Arbeitende sind Angestellte und haben entsprechende Rechte. Der Eat-GAV, den die Gewerkschaften nun ausgehandelt haben, enthält neben einem monatlichen Grundlohn etwa bezahlte Ferien und einen besseren Arbeitsschutz. Weitere GAV sollen folgen. Schliesslich sind in Spanien rund 18 Prozent der Arbeitenden in der Plattform-Wirtschaft tätig.

NEU MIT GAV UNTERWEGS: Just-Eat-Kurierin in Barcelona. FOTO: GETTY

Arxada bricht seine Versprechen

VISP VS. Arxada, der neue Akteur am Industriestandort Visp, hat einen Streit mit den Gewerkschaften Unia und Syna vom Zaun gebrochen. Entgegen anderslautenden Versicherungen erklärte das Unternehmen Ende 2021, dass für die Beschäftigten kein Gesamtarbeitsvertrag mehr gelte. Sowohl Unia wie auch Syna protestierten noch im Dezember. Unia-Mann Martin Dremelj sagt: «Dass Arxada den bestehenden Lonza-GAV nicht übernehmen würde, hat das Unternehmen verschwiegen. Sie tun nun das Gegenteil von dem, was sie versprochen haben.» Ende Januar soll es nun erste Gespräche über die künftige Vertragssituation geben.

FRÜHER LONZA. Arxada entstand im vergangenen Jahr, nachdem die Spezialchemiesparte der Lonza von einem internationalen Konsortium, bestehend aus den Finanzgesellschaften Bain Capital Private Equity und Cinven, aufgekauft worden war. Der Belegschaft und den Gewerkschaften war zuvor versichert worden, dass sich an den Anstellungsbedingungen nichts ändern sollte.

Dicke Post für Bundesrat Maurer

BERN. 3600 Milliarden Dollar gehen den Staatshaushalten weltweit jedes Jahr durch Korruption und Steuerhinterziehung verloren. Mit schuld daran sind die Schweiz und ihr Finanzplatz mit löchrigen Gesetzen, Briefkastenfirmen und passiven Behörden. Die Nichtregierungsorganisation Public Eye spricht von «Korruption made in Switzerland». Um Finanzminister Ueli Maurer (SVP) endlich zum Handeln zu bringen, lancierte sie im Herbst eine «Bestechungskampagne». Der Deal: Für jede Petitions-Unterschrift kommt eine (gefälschte) Tausendernote in einen Koffer. 24 000 Unterschriften kamen zusammen und wurden nun eingereicht. Dazu liess Public Eye virtuell 24 000 «Tausendernoten» aufs Bundeshaus regnen: **rebrand.ly/geldregen.**

GELDREGEN: Aktion vor dem Bundeshaus. FOTO: PUBLIC EYE

ZUG UM ZUG IN DIE ZUKUNFT: Stadler-Mitarbeitende bei der Endmontage von RBS-Zügen im Werk in Bussnang TG. FOTO: KEYSTONE

Stadler Rail zieht einen Milliardenauftrag nach dem anderen an Land. Jetzt fordert die Unia:

«Von den Milliarden müssen auch die Büezer etwas haben!»

Zugbauer Stadler Rail fährt weiter auf der Überholspur, Corona zum Trotz. Höchste Zeit für Chef und SVP-Mann Peter Spuhler, auch an jene zu denken, denen er seinen Erfolg zu verdanken hat.

RALPH HUG

Vor sechs Jahren gelang der Unia ein Coup. Sie schloss mit dem Bahnturbo aus dem Thurgau einen Vorzeige-Gesamtarbeitsvertrag ab: höhere Mindestlöhne, auch für Ingenieure, automatischer Teuerungsausgleich, mehr Kündigungsschutz, bessere Bedingungen für Temporäre. Im «Blick» gaben sich Peter Spuhler und der damalige Unia-Industriechef Corrado Pardini medienwirksam die Hand. Tempi passati, die Szenerie hat sich geändert.

Zwar geht der unaufhaltsam scheinende Aufstieg des Zugkonzerns weiter. Spuhler expandiert auf allen Ebenen. Längst stellt er nicht mehr bloss Leichtbauzüge und Strassenbahnen her. Heute verlassen auch Hochgeschwindigkeitszüge die Hallen. Stadler Rail ist mittlerweile zu der heimlichen Nummer eins unter Europas Zugbauern aufgestiegen (siehe Text rechts). Das wurde möglich, weil Spuhler «der mit Abstand beste Chaos-Manager ist, den die Eisenbahnindustrie je gesehen hat», sagt ein Kenner der Branche. Allein in der Ostschweiz arbeiten weit über 3000 Personen am Hauptsitz in Bussnang TG sowie in den Werken von Altenrhein SG, St. Margrethen SG und in Winterthur. Weltweit beschäftigt Stadler jetzt 12 800 Mitarbeitende in Deutschland, Polen, Spanien, Weissrussland, den USA und neuerdings sogar Korea.

Mit dem Börsengang wurde Chef Spuhler zum Milliardär.

Die Kehrseite dieses Überflugs sind Stress, Überstunden, eine hohe Fluktuation bei den Mitarbeitenden sowie Wirren in der oberen Konzernetage. Ein Insider sagt: Das Hauptproblem von Spuhler sei die extreme Ungleichverteilung der Löhne. «Nur ein kleiner Teil verdient gut.» Darunter jene rund 170 Top-Manager, die nach dem Börsengang von Stadler Rail im April 2019 über Nacht zu Millionären wurden. Sie erhielten nämlich einen Teil des Lohns in Aktien ausbezahlt. Der Chef selbst avancierte zum Milliardär. Gemäss «Bilanz» soll sein Vermögen bereits satte 3,5 bis 4 Milliarden Franken betragen. Spuhler zählt damit zu den absolut Reichsten in der Schweiz.

Spuhlers Hauptproblem: die extreme Ungleichverteilung der Löhne.

KEINE FORTSCHRITTE IM GAV

Unten dagegen hat sich nicht viel geändert. Spuhler war zwar klug genug, nach Unmutsbekundungen der Personalkommission rasch zu reagieren und aus dem Füllhorn des Börsengangs auch etwas über die Mitarbeitenden auszugiessen. Diese erhielten je nach Dienstalter einen halben bis einen ganzen Monatslohn als Prämie. Doch das nimmt sich gemessen an den 1,5 Milliarden Franken Einnahmen aus dem Börsengang bescheiden aus. Wichtiger: Im GAV blieben Fortschritte bislang aus. Eigentlich hätte der Vertrag neu verhandelt werden müssen. Im letzten Herbst kamen der Konzern und die Unia jedoch überein, auf eine Kündigung zu verzichten. Nicht zuletzt mit Blick auf die Pandemie. Damit läuft der geltende GAV automatisch weiter.

KEIN GEWERKSCHAFTSFREUND

Matteo Pronzini, im Bereich Unia-Industrie für Stadler Rail zuständig, sagt: «Wir verschaffen uns damit Zeit, unsere Position im Konzern zu verbessern.» Laut Pronzini zählt der Stadler-GAV nach wie vor zu den besten. Der Unia-Mann attestiert Spuhler auch, sich loyal an die Abmachungen zu halten, trotz dem stürmischen Wachstum. Ein Gewerkschaftsfreund war der SVP-Mann aber nie: Fast genau 20 Jahre ist es her, seit er sich im August 2002 nach langem Pickeln von Unia-Mann André Daguet endlich zu einem Vertrag mit der Unia herbeiliess.

Spuhler war unter Druck, da er von Staatsaufträgen lebt. Er musste eine Personalkommission einrichten und zu jährlichen Lohnverhandlungen antreten. Damals lag der Vertrag noch unter dem Niveau der Arbeitgeber in der Maschinenindustrie. Als die Nationalbank 2015 die Frankenbindung aufhob, liess der Bahnunternehmer unter Berufung auf die Krise sofort länger arbeiten, um die Rendite seines Konzerns zu retten.

Vor kurzem hat die Unia im Konzern eine Umfrage gestartet. Sie will genau wissen, wo die Mitarbeitenden der Schuh drückt. Derzeit finden Versammlungen statt, eine GAV-Kommission ist an der Arbeit. Konkrete Verhandlungen sind noch nicht in Sicht. Doch Unia-Mann Pronzini stellt schon jetzt klar: «Von den Milliardenaufträgen müssen auch die Mitarbeitenden etwas haben.»

EUROPÄISCHE ZUGBAUER TECHNOLOGISCH IM SINKFLUG:

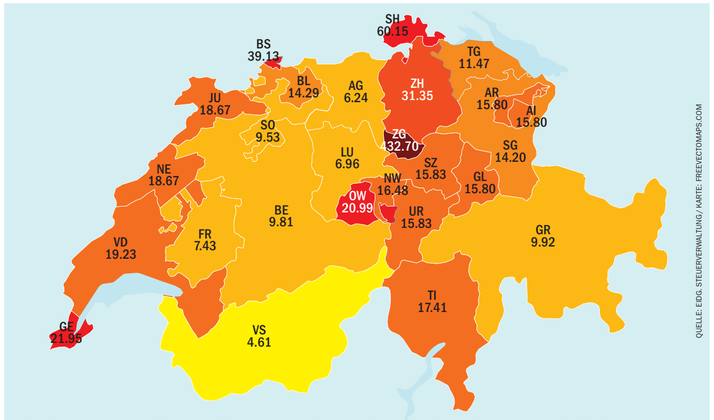
LETZTE HOFFNUNG GEGEN CHINA?

Stadler Rail hat während der Pandemie wirtschaftlich zwar eine Delle eingefahren. Wie viele andere Firmen auch. Doch zweifellos stimmt, was Patron Peter Spuhler sagt: «Die Bahn hat Zukunft.» Soeben heimste der Zugbauer aus «Buslig», wie Bussnang im Thurgau heisst, einen Milliardenauftrag ein. Er liefert 246 Fahrzeuge des Typs City-Link an ein deutsch-österreichisches Konsortium. Bereits im letzten Herbst kam ein Grossauftrag von bis zu 510 «Flirt»-Zügen für die SBB sowie Thurbo und Region Alps herein. Dies ist der grösste je vergebene Auftrag der Schweizer Bahngeschichte. Ebenfalls Milliarden wert.

HEIMLICHE NUMMER 1. Stadler hat nun beim Rollmaterial sogar Siemens eingeholt, hinter Alstom die ehemalige Nummer drei in der europäischen Zugbauerindustrie. Insider sagen sogar, Stadler sei bereits die heimliche Nummer eins. Denn seine Ingenieure gelten als innovativ. Dafür steht unter anderen der City-Link, eine Mischform aus Zug und Tram, geeignet für die schnell wachsenden urbanen Gebiete. Immer mehr wächst Stadler Rail so ins globale Business hinein.

FÜHRENDE CHINESEN. Dort, ganz oben, steht aber bereits Chinas Bahngigant CRRC. Experten bezeichnen diesen punkto Technologie und Innovation als weltweit führend. Und er wartet nur darauf, den europäischen Markt aufzurollen. Bereits fährt chinesisches Rollmaterial bei der privaten österreichischen Westbahn, die Spuhler ebenfalls mit Triebzügen beliefert hat. Da sowohl Alstom als auch Siemens ins Hintertreffen geraten seien, halten Analysten Stadler Rail für den einzigen Bahnbauer in Europa, der noch mit den Chinesen konkurrieren kann. Koloss CRRC macht jedoch zehnmal mehr Umsatz als Stadler. (rh)

HALB ZUG, HALB TRAM: Stadler Rail liefert 246 Fahrzeuge des Typs City-Link nach Österreich. FOTO: STADLER RAIL



LESEBEISPIEL: Bei einer Abschaffung der Emissionsabgabe würde die Zuger Wirtschaft pro Einwohnerin und Einwohner mit 432.70 Franken beschenkt.

Zahlen aus den Kantonen: Von wegen Steuerlast für KMU!

Die Bürgerlichen behaupten, die Abschaffung der Emissionsabgabe würde die KMU im Land stärken. Das ist grober Unfug (siehe Artikel unten). Profitieren würden Grosskonzerne, die Finanzindustrie und die Wirtschaft in den Kantonen, in denen sie sitzen. Das belegen die nach Kantonen aufgeschlüsselten Zahlen zur Emissionsabgabe der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Die Kantone (und ihre Einwohnenden) haben zwar direkt nichts von der Emissionsabgabe – diese fliesst ausschliesslich an den Bund. Trotzdem ist ein Blick auf die Zahlen erhellend. Vor allem, wenn sie auf die Bevölkerung heruntergerechnet werden. Bei einer Abschaffung der Emissionsabgabe würde die Zuger Wirtschaft pro Einwohnerin und Einwohner mit 432.70 Franken beschenkt. Die Wirtschaft des Kantons Bern allerdings mit nur 9.81 Franken (alle Zahlen in der Karte). Oder andersrum formuliert: Im Kanton Zug sind etwas über 35 000 Firmen im Handelsregister eingetragen, das Bundesamt für Statistik zählt rund 17 000 als KMU. Aus Zug stammen im Schnitt rund 25 Prozent der Emissionsabgaben. Im Kanton Bern dagegen gibt es rund 70 000 KMU und 200 Grossunternehmen. Firmen aus dem Kanton Bern bezahlen im Schnitt rund 5 Prozent der gesamten Emissionsabgaben. Auch das zeigt: Es sind nicht die KMU, die entlastet würden, sondern die Grosskonzerne und die Finanzindustrie. Alles andere wäre auch erstaunlich. Denn von den rund 600 000 Firmen in der Schweiz haben gerade mal 2000 Emissionsabgaben bezahlt – und davon nur 30 Firmen die Hälfte der gesamten Summe. «KMU-Steuer»? Von wegen! (cs)

13. Februar: Nein zur Abschaffung der Emissionsabgabe

Die neuste KMU-Lüge der Finanzindustrie

Sie soll der Auftakt zur Abschaffung aller Abgaben auf Finanztransaktionen sein: die Emissionsabgabe. Und wieder holt die Grossfinanz die KMU-Keule raus. Die offiziellen Zahlen des Bundes entlarven sie.

CLEMENS STUDER

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft: der Coiffeur und die Wirtin, der Baumeister und die Tech-Unternehmerin, der Spengler und die Malerin. Von den um die 601 000 Firmen in der Schweiz sind rund 599 000 KMU: ungefähr 540 000 Mikrounternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten, 51 000 kleine Unternehmen (10–49 Beschäftigte) und

FOTO: KEY

«Nutzniesser wären in erster Linie bei den multinationalen Unternehmen, den Banken, Versicherungen und Holdinggesellschaften zu suchen, nicht aber bei den KMU.»

ALT-BUNDESRAT HANS-RUDOLF MERZ (FDP), DAMALS FINANZMINISTER, AM 10. JUNI 2005.

9000 mittlere Unternehmen (50–249 Beschäftigte). Sie sind den Schweizerinnen und Schweizern auch darum grundsätzlich sympathisch, weil rund zwei Drittel der Beschäftigten bei einem KMU arbeiten. Unsympathisch sind der grossen Mehrheit in diesem Land die grosse Mehrheit der rund 1700 Multis, Banken und Versicherungskonzerne.

Darum missbrauchen diese bei Geschäften, von denen in erster Linie sie und ihr Aktionariat profitieren, regelmässig das positive Image der KMU. Gerne auch mal mit einer glatten Lüge. Wie etwa bei der Unternehmenssteuerreform II. Bei dieser ging es laut dem damaligen FDP-Finanzminister und ehemaligen UBS-Angestellten Hans-Rudolf Merz um Steuerausfälle von 80 Millionen, die der Metzgerin und dem Garagisten zugute kämen. Eine dreiste Unwahrheit, wie später sogar das Bundesgericht feststellte – ohne jedoch die Abstimmung wiederholen zu lassen. Unterdessen sind der Allgemeinheit durch diese Unternehmenssteuerreform Hunderte von Millionen verloren gegangen, die unversteuert in den Taschen der Superreichen verschwanden.

ERST DER ANFANG

Auch die Abschaffung der sogenannten Stempelsteuern ist ein langgehegtes Anliegen der Finanzindustrie. Stempelabgaben sind Steuern auf die Ausgabe und den Handel mit Wertschriften. Sie sind auch ein Ersatz dafür, dass diese Geschäfte von der Mehrwertsteuer befreit sind. Der Bund kennt drei Arten von Stempelabgaben: 1. die Emissionsabgabe (wer eine Firma mit mehr als 999 999 Franken Eigenkapital gründet oder das Aktienkapital einer bestehenden Firma um mehr als 999 999 Franken erhöht, muss die Emissionsabgabe von 1 Prozent bezahlen; bei Sanierungen gilt gar ein Grenzwert von 10 000 000 Franken), 2. die Umsatzabgabe auf Wertpapieren und 3. die Abgabe auf Versicherungsprämien. Zusammen tragen sie pro Jahr 2,2 Milliarden Franken an den Bundeshaushalt bei. Weil es in diversen Anläufen bis jetzt nicht gelungen ist, die Stempelabgaben gänzlich abzuschaffen, haben die bürgerlichen Parlamentsmehrheiten sie immer wieder reduziert: seit 1993 um 800 Millionen Franken pro Jahr. Und jetzt wollen sie – mitten in der Coronakrise – den ersten Teil ganz abschaffen: die Emissionsabgabe. Angeblich, um die pandemiegeschüttelten KMU zu entlasten.

ECHTE KMU PROFITIEREN NICHT

Doch das ist hochgradiger Unfug. Und wurde sogar von Ex-Finanzminister Merz bestätigt. Der FDP-Bundesrat sagte am 10. Juni 2005 wörtlich: «Die Nutzniesser (einer Abschaffung, die Red.) wären in erster Linie bei den multinationalen Unternehmen, den Banken, Versicherungen und Holdinggesellschaften zu suchen, nicht aber bei den KMU.»

Das stimmte vor 17 Jahren, und es stimmt auch heute noch.

- 2018: 57 Konzerne und ihr Aktionariat (mit einer Eigenkapitalerhöhung über 50 Millionen) hätten 68,8 Prozent des Steuergeschenks erhalten.
- 2019: 62 Konzerne und ihr Aktionariat hätten 60 Prozent des Steuergeschenks erhalten.
- 2020: 55 Konzerne und ihr Aktionariat hätten 51,5 Prozent des Steuergeschenks erhalten.

Das ist nicht weiter erstaunlich. Denn schon heute muss bei Firmengründungen und bei Kapitalerhöhungen unter 1 Million Franken keine Emmissionsabgabe bezahlt werden. Muss eine Firma saniert werden, gilt sogar eine Freigrenze von 10 Millionen.

Wie wenig die KMU-Keule auch dieses Mal verhebt, zeigen auch die Zahlen nach Kantonen aus der Steuerstatistik (siehe Text zur Karte oben).

FOTO: GETTY

Angriff auf die soziale Schweiz: Drei Kampfplätze und ein Ausblick

2022: Was bringt uns das neue Jahr?

Die Rechten sind ausser Rand und Band. Sie lancieren Angriff um Angriff auf unsere Renten und Löhne. Und sie planen Raubzug um Raubzug auf die Bundeskasse. 2022 wird eine Herausforderung für die Gewerkschaften.

CLEMENS STUDER

Diese Prognose ist nicht mutig: 2022 wird hart und wild. Im Jahr vor den Eidgenössischen Wahlen wollen die rechten Parteien noch die Aufträge abarbeiten, die ihnen ihre Sponsoren aus der Finanzindustrie und den Grosskonzernen erteilt haben. Allgemeine Stossrichtung: das Kapital mit Steuergeschenken entlasten und die Lohnabhängigen mit höheren Gebühren und Abgaben belasten. Und die Renten in der AHV und in der Pensionskasse kürzen. Den Gewerkschaften und den fortschrittlichen Parteien steht ein kräftezehrendes Politjahr bevor.

Altersvorsorge: Landen wir im rechten Chaos?

Gleich zum Jahresbeginn mussten die Gewerkschaften das Referendum lancieren gegen die sogenannte AHV-Revision, die in Wahrheit eine Vorlage zur Rentenkürzung der Frauen ist. Und im Sinne der rechten Parteien den Auftakt bilden soll zu einem Rentenabbau für alle. Das heisst: Rentenalter 67 bis 70 für alle. Kommt die aktuelle Vorlage durch, sinkt die Medianrente der Frauen um 1200 Franken im Jahr. (Medianrente bedeutet: die eine Hälfte der Renten sind niedriger, die andere höher.) Das heisst: Durch die Rentenaltererhöhung gibt es insgesamt 10 Milliarden Franken weniger für die Frauen. Und das, obwohl die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern bereits heute einen Drittel beträgt. Die Rentenlücke setzte die Lohndiskriminierung der Frauen im Rentenalter nahtlos fort. Denn Frauen verdienen in der Schweiz nach wie vor 20 Prozent weniger als Männer. Selbst der äusserst zurückhaltend rechnende Bund kommt auf eine «unerklärte» Lohndiskriminierung der Frauen von rund 8 Prozent. Also 8 Prozent weniger Lohn für Frauen, nur weil sie keine Männer sind. Würde diese Lohndifferenz endlich beseitigt, so wie es in der Bundesverfassung steht, stünden der AHV auf einen Schlag jährlich über 800 Millionen Franken mehr zur Verfügung. Denn wenn die Frauenlöhne steigen, steigen auch die Beiträge an die AHV. Endlich Lohngleichheit würde quasi gleich viel Geld mehr in die AHV-Kassen bringen,

AHV-REFERENDUM

JETZT UNTERSCHREIBEN: rebrand.ly/ahv-abbau-nein

wie die Rechten jetzt den Frauen pro zusätzlich wegnehmen wollen: 1 Milliarde. Das «Gleichberechtigungsargument», das von den Rechten bei der Rentenaltererhöhung immer so gerne angeführt wird, ist keines: Jede Berufsfrau wird in ihrem Arbeitsleben um volle 335 000 Franken Lohn betrogen. Bloss weil sie eine Frau und kein Mann ist. Und jetzt sollen die Frauen auch noch länger arbeiten. Das ist respektlos und unfair!

Für die Rentenlücke ist in erster Linie das Pensionskassensystem verantwortlich. Die diese Woche vom Bund veröffentlichten Zahlen für 2020 zeigen: Die monatliche Medianrente aus der beruflichen Vorsorge betrug bei den Frauen 1167 Franken und bei den Männern 2081 Franken. Bei den Kapitalleistungen aus den Pensionskassen betrug der Medianbetrag für Frauen 78 977 Franken und bei den Männern 199 092 Franken. Zwar sind die Pensionskassen für alle Normalverdienenden ein schlechtes Geschäft, weil ein erheblicher Anteil des Altersguthabens in den Taschen von Banken und Versicherungen verschwindet. Aber: für die Frauen ist die berufliche Vorsorge noch unvorteilhafter.

Trotzdem plant die rechte Mehrheit im Bundeshaus auch beim BVG einen Angriff auf die Frauenrenten. Bis zu 12 Prozent sollen sie sinken. Auch hier wird ein Referendum nötig sein.

Die AHV muss gestärkt und nicht geschwächt werden. Dem Verfassungsauftrag zur Altersvorsorge wird nämlich schon längst nicht mehr nachgelebt. Ein erster Schritt zu dieser Stärkung ist die SGB-Initiative für eine 13. AHV-Rente. Ein zweiter die neue SGB-Initiative, die bald lanciert wird. Sie will einen Teil des Volksvermögens der Schweizerischen Nationalbank (SNB) in die Volksversicherung AHV umleiten.

Doch zuallererst muss die AHV-Abbau-Vorlage der Rechten abgelehnt werden. Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt dazu: «Es geht um Geld, und es geht um Respekt.»

Steuern: Bezahlen bald nur noch die Kleinen?

Kaum etwas hassen die Reichen und Superreichen mehr als die Steuern. Darum «optimieren» sie, wo sie nur können. Und darum lassen sie «ihre» Parteien immer neue Abbauvorlagen ausarbeiten. Wer das kritisiere, betreibe «Klassenkampf», sagen die rechten Politikerinnen und Politiker und meinen, das sei eine Beschimpfung. Dabei ist es die präzise Bezeichnung dafür, was sie seit Jahrzehnten betreiben: steuerpolitischer Klassenkampf von oben. Unterdessen versuchen sie nicht einmal mehr, das zu vertuschen: Eine Truppe aus Wirtschaftsvertretern hat SVP-Finanzminister Ueli Maurer einen Wunschzettel diktiert, der dieser flugs zur offiziellen Strategie erhob – nur noch Löhne, Renten und Konsum sollen besteuert werden. Nachzulesen ist das Bestellbüchlein des Kapitals an Maurer auf der offiziellen Seite des Finanzdepartementes: **www.rebrand.ly/maurersaufgabenheft.**

Aktuellstes Steuergeschenk an Konzerne und ihre Aktionärinnen und Aktionäre ist die Abschaffung der Emissionsabgabe (siehe Artikel links). Werden die Steuerloch-Gräber am 13. Februar an der Urne nicht gestoppt, wollen sie auch die anderen beiden Stempelabgaben abschaffen und damit weitere 2 Milliarden Franken an Kapital-Besitzende und ihre Manager verschenken.

SVP-Maurer weibelt übrigens ganz offen für weitere Steuersenkungen für Best- und Superverdienende. Er will dafür die Mehrwertsteuern für alle erhöhen.

VERRECHNUNGSSTEUER-REFERENDUM

JETZT UNTERSCHREIBEN: steuerkriminalitaet-nein.ch

Und noch bevor wir über die Emissionsabgabe abgestimmt haben, lancieren die rechten Parteien einen weiteren Angriff auf die Kassen der Allgemeinheit: Die Verrechnungssteuer soll wegfallen. Und zwar nicht für alle – nur für die Anlegerinnen und Anleger. Während Kleinsparende weiter damit belegt würden. Das ist eine Einladung zur Steuerkriminalität. Offiziell vom Bundesrat geschätzter Steuerausfall: einmalig 1 Milliarde Franken. Und dann Jahr für Jahr 200 bis 800 Milliarden Franken, je nach Zinsniveau.

Bisher stellt die Verrechnungssteuer zumindest halbwegs sicher, dass Einkommen aus Obligationen auch bei der Steuererklärung angegeben werden. Denn dann wird die Verrechnungssteuer angerechnet. Wer sie für die Reichen abschaffen will, sagt eigentlich nichts anderes als: Steuern bezahlen zur noch die Kleinen. Das ist dreist, aber immerhin ehrlich. Und muss verhindert werden. Darum läuft gleichzeitig mit dem AHV-Referendum auch das Verrechnungssteuer-Referendum.

Wirtschaft: Wer gewinnt, wer verliert?

Unter den wirtschaftlichen Folgen der Seuchenbekämpfung haben besonders jene Lohnabhängigen mit tiefen und mittleren Einkommen gelitten. Und besonders in den Branchen Event, Kultur, Gastronomie und Hotellerie. Hunderttausende mussten über Monate mit 80 Prozent ihres Lohnes auskommen. Dank dem Einsatz der Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien für eine ausgebaute Kurzarbeit und weitere Lohngarantien konnte eine Katastrophe verhindert werden. Gegen den Willen der bürgerlichen Parteien und Finanzminister Ueli Maurer.

Doch die Lage insbesondere der Geringverdienenden und der jüngeren und älteren Lohnabhängigen bleibt schwierig. Bei den über 60jährigen sind nach wie vor mehr arbeitslos als vor der Krise. Und bei den 15- bis 24jährigen sind weiterhin 25 000 weniger Menschen erwerbstätig als vor Corona. Zugenommen hat in Zeiten von Corona auch die Zahl der unsicheren und prekären Stellen. So stieg 2021 die Zahl der temporär Beschäftigten um mehr als 10 Prozent. Und in der von der Situation mit Corona profitierenden Branchen wie dem Online-Handel und der Logistik nehmen die prekären Arbeitsverhältnisse und Scheinselbständigkeiten weiter zu. Hier braucht es mehr Gesamtarbeitsverträge und besseren gesetzlichen Schutz vor Ausbeutung der Lohnabhängigen.

Die Corona-Seuche ist ein Booster für die Ungleichheit.

Ganz anders sieht es ganz oben aus: Die 300 reichsten Menschen in der Schweiz besassen 2021 gemeinsam 821 Milliarden Franken. Das sind 115 Milliarden mehr als im Jahr davor.

Und die Schweizer Reichen sind keine Ausnahme. Weltweit profitierten Reiche und Superreiche enorm von der Coronakrise. Schon seit Jahren werden die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher. Die Corona-Seuche ist ein Booster für diese Entwicklung. Dies zeigt eindrücklich die vor wenigen Tagen erschienene Untersuchung der internationalen Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam: Das Vermögen der 10 reichsten Milliardäre hat sich zwischen März 2020 und November 2021 verdoppelt, 160 Millionen Menschen mehr leben in Armut. Oxfam verlangt deshalb weltweit eine höhere Beteiligung der Superreichen an den Kosten der Coronakrise im Speziellen und am sozialen Ausgleich im Allgemeinen. Also genau das Gegenteil dessen, was die rechte Mehrheit der Schweiz plant.

Ausblick: Was steht auf dem Spiel?

Das noch junge Jahr wird den Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien viel abverlangen, um die gröbsten Angriffe auf unser Sozialsystem und die ärgsten Raubzüge auf die Kassen der Allgemeinheit abzuwehren. Gelingt es nicht, sehen 99 Prozent der Menschen alt aus. Auf dem Spiel stehen zentrale Pfeiler der sozialen Sicherheit und der steuerpolitischen Gerechtigkeit in diesem Land.

Doch mit Abwehrkämpfen ist es nicht getan. Es braucht auch den Blick nach vorn. Hier sind aktuell und zentral die Initiative für eine AHV-13-Rente und für die von den Gewerkschaften mitgetragene SP-Initiative zur Beschränkung der Krankenkassenprämien auf 10 Prozent des Haushaltseinkommens. Beide sind im parlamentarischen Prozess und werden von rechts bekämpft. Ab dem Frühling wird die Nationalbank-Initiative der Gewerkschaften wichtig.

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.
Deswegen wurde die Bauarbeitenverordnung überarbeitet
und noch sicherer gemacht. Informieren Sie sich jetzt
über Änderungen, die für Sie per 1. Januar 2022 verbindlich sind.

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

suva

FÜR MEHR VIELFALT – nicht nur im Print. Das wirklich Neue am Mediengesetz ist die Förderung von Onlinemedien. FOTO: KEYSTONE

Mediengesetz: Darum sagen die Gewerkschaften am 13. Februar Ja

Gegen den Medien-Einheitsbrei!

Für den Service public, für die Arbeitnehmenden und gegen Google & Co: Das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» ist dringend nötig.

MARIE-JOSÉE KUHN

Die Konzentration in der Medienlandschaft schreitet voran. Auch in der Schweiz. Immer weniger Medienkonzerne fressen immer mehr Zeitungen auf. Sie lagern die lukrativen Konzernteile aus und trimmen sie auf maximalen Profit. Was sie dabei herausholen, verteilen sie unter den Aktionärinnen und Aktionären. Reinvestiert wird von den Konzernen kaum noch. Dieser Kannibalismus zerstört journalistische Qualität. Inzwischen bespielen und kontrollieren die vier Konzerne TX Group (Tamedia), Ringier, CH Media und NZZ-Mediengruppe fast die ganze Schweiz. Als «vereinigte Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen», wie spitze Zungen den journalistischen Einheitsbrei nennen.

Ein eindrückliches Beispiel: Am 7. Januar publizierte die «Aargauer Zeitung», die zur CH Media Group des Aargauer Verlegers Peter Wanner und zur NZZ gehört, ein Interview mit dem

«Wir dürfen die Jungen nicht den Fake News auf den sozialen Medien überlassen!»

STEPHANIE VONARBURG, SYNDICOM

Kinderarzt und Long-Covid-Experten Daniel Vlies zum Thema «Kinder und Corona-Impfung». Am gleichen 7. Januar erschien das gleiche Interview der gleichen Journalistin dann auch noch in 17 weiteren Regionalzeitungen und einem Onlineportal, alle ebenfalls in den Händen von CH Media: in der «Appenzeller», «Wiler», «Obwaldner», «Nidwaldner», «Solothurner», «Limmattaler», «Luzerner», «Thurgauer» und «Zuger Zeitung». Im «St. Galler», «Grenchner», «Oltner», «Badener», «Toggenburger» und «Zofinger Tagblatt». Sowie im «Rheintaler» und auf dem Onlineportal «Watson».

Jetzt war das in diesem Einzelfall vielleicht ganz okay, weil der Long-Covid-Experte aus dem deutschen Jena spannende Dinge sagte. Doch grundsätzlich ist eine solche Monokultur bei den Medien ebenso schädlich wie in der Landwirtschaft. Sie bedroht die Medien- und Meinungsvielfalt und damit die Demokratie.

DIE «RÖSSLI»-SCHWEIZ

Trotz aller Monokultur: Es gibt sie noch, die unabhängigen «Kleinen», die teilweise sehr erfolgreich geschäften, wie zum Beispiel der «Walliser Bote» seit der Übernahme der Aktienmehrheit durch den Modeunternehmer Fredy Bayard.

Und es gibt auch noch all diese Regional- und Lokalblätter, die von der Gemeindeversammlung berichten oder über den Wirtinnenwechsel im «Rössli». Es sind Zeitungen wie etwa der «Willisauer Bote», die «Simmental Zeitung» oder die zweisprachige «Engadiner Post». Sie leisten Service public und werden gerne unterschätzt. Doch auch sie kommen wirtschaftlich immer mehr unter Druck: unter anderem, weil ihre Werbeeinnahmen einbrechen.

Und genau da setzt das Mediengesetz an, über das wir am 13. Februar abstimmen. Das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» bringt insgesamt 150 Millionen Franken mehr Medienförderung als bisher. Befristet auf sieben Jahre (Details siehe Tabelle).

Über dieses Paket stimmen wir ab

Im Gesetz vorgesehene jährliche Medienförderung, in Mio Fr.

	Bisher	Neu
Lokalradios, Regional-TV	81	109
Zustellermässigungen abonnierte Zeitungen	30	50
Ermässigung Früh-/Sonntagszustellung	0	40
Zustellermässigungen Mitgliedschafts-/Stiftungspresse	20	30
Förderung Onlinemedien	0	30
Fördermassnahmen Mediensystem	5	28
Total	**136**	**287**

QUELLE: BAKOM

Auch work würde als Mitgliedschaftspresse-Titel mehr Rabatte für die Zustellung erhalten als bisher. So wie fast tausend andere Publikationen der Gewerkschafts-, Gewerbeverbands-, Mieter-, Kirchen-, Bauernparteien-, Umweltschutz- und Konsumentinnenschutz-Presse auch. Das ist richtig und wichtig. Denn die steigenden Posttarife drohen so manch ein Budget zu sprengen.

Neu sollen aber auch die grossen Abonnementstitel von der staatlichen Medienförderung profitieren können, etwa von einer neuen Ermässigung der Früh- oder Sonntagszustellung. Oder von der direkten Förderung von Onlinemedien. Dieser 30-Millionen-Posten im Massnahmenpaket ist denn auch der umstrittenste. Ein Rechtsaussen-Komitee läuft gegen das Mediengesetz mit der chlepfigen Parole Sturm: «Keine Steuermilliarden für Medienmillionäre!» Schaut man sich die Mitglieder genauer an, so wird klar: Allein dieses politisch unappetitliche Personal rechtfertigte ein Ja zum Mediengesetz (siehe Text rechts).

GROSSE PROFITIEREN AUCH

Die «Kleinen» sollen überproportional profitieren, so will es das Gesetz. Zumindest anteilsmässig. Unschön bleibt aber trotzdem, dass die «Grossen» und Etablierten voraussichtlich die Hälfte der Subventionen für Onlinemedien bekommen werden. Das zuständige Bundesamt für Kommunikation (Bakom) geht in einem Bericht von 54 Prozent aus, die an grosse Medienhäuser mit Jahreseinnahmen über 5 Millionen Franken fliessen würden. Wirklich zuverlässige Berechnungsgrundlagen fehlen allerdings noch. Dennoch hat der Gewerkschaftsbund SGB die Ja-Parole zur Vorlage beschlossen.

GAV-PFLICHT FÜR FRÜHZUSTELLER

SGB-Medienmann Reto Wyss sagt es so: «Aus gewerkschaftlicher Sicht ist ein Ja zum Medienpaket unabdingbar, denn das Medienpaket ermöglicht die technologieunabhängige Förderung von Informationsjournalismus im ganzen Land.» Junge Onlineportale, Lokalzeitungen in Randregionen oder etwa eine an ein migrantisches Publikum gerichtete Spartenzeitschrift würden einen «überproportionalen Anteil der vorgesehenen Unterstützungsgelder» bekommen.

Und dann sind da auch noch die Verbesserungen, die das Förderpaket für die Arbeitnehmenden in der Branche bringt. Die Medienexpertin und Syndicom-Vizechefin Stephanie Vonarburg sagt: «Das Gesetz hilft Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Es bringt aber auch mehr Geld für die Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden. Plus eine GAV-Pflicht für Frühzustellerfirmen.»

Allein zwischen 2008 und 2018 sind im Mediensektor laut einer Uvek-Studie 2100 Jobs verschwunden. Das sind 10 Prozent aller Jobs in der Branche. Diese Jobvernichterei müsse «dringend gebremst werden», so Vonarburg. Ebenfalls mehr als dringlich seien zukunftsgerichtete Investitionen zugunsten digitaler Medien. Vor allem die Jüngeren informieren sich online. Die Onlinemedien-Förderung sei deshalb das «wirklich Innovative» an diesem Mediengesetz. Vonarburg: «Wir dürfen die Jungen nicht Google, Facebook & Co. und den Fake News auf den sozialen Medienkanälen überlassen!»

Nein-Komitee

Rechtsaussen-Gegner laufen Sturm

Sie sind einschlägig bekannt, hart rechts und finanzstark: die Mitglieder des Komitees gegen das neue Mediengesetz.

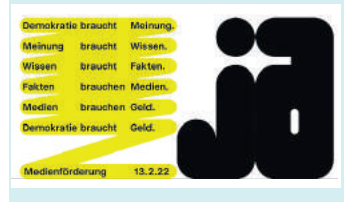
Lanciert hat das Referendum an vorderster Front der ehemalige Inlandchef des Blocher-Blattes «Weltwoche», Philippe Gut. Der Historiker war lange Zeit das aggressivste Ross in «Weltwoche»-Verleger Roger Köppels Stall, bevor er gehen musste. Mit seinem überbordenden Enthüllungsdrang brachte Gut zwar einen FDP-Regierungsrat vor Gericht, aber eben auch sich selber. Und wurde schliesslich wegen Anschuldigungen verurteilt, die er nicht belegen konnte. Neu poltert der Corona-Schwurbler jetzt auch für Blocher-Groupie Markus Somm in dessen «Nebenspalter». Und ist mit seiner PR-Bude als Ghostwriter für die SVP tätig.

KROKODIL. «Nebelspalter»-Verleger Somm, seines Zeichens Ex-Chefredaktor von Blochers «Basler Zeitung», sitzt als Mitglied ebenfalls im Komitee gegen «Millionen für Medienmillionäre» und «Staatsmedien». Zusammen mit SVP-Mann Toni Brunner und Ex-Privatbankier Konrad Hummler, der sich mit seiner Bank Wegelin im Steuerbetrugsgeschäft mit den USA verzockt hatte. Unterdessen ist er VR-Präsident der Klarsicht AG, die den rechts umgebauten «Nebelspalter» herausgibt. Derweil alt FDP-Nationalrat Peter Weigelt als Präsident des Komitees waltet. Auch er ein altes, scharfrechtes Krokodil und als PR-Unternehmer schon immer zu haben, wenn's gegen den Staat geht.

Übrigens: Zentral für das Zustandekommen des Referendums waren die «Freunde der Verfassung» – also jene Corona-Schwurbler, die sich nach zwei krachenden Abstimmungsniederlagen trotz grosser Präsenz in den «Mainstream-Medien» gerade selber zerlegen. Und auch schon für die Initiative «No Billag» weibelten, die die Radio- und Fernsehgebühren abschaffen wollte und im März 2018 an der Urne wuchtig bachab geschickt wurde. (mjk)

Dringender Aufruf

Eine «spontane Gruppe» von Prominenten aus Politik, Kultur und Wissenschaft ruft in einem dringenden Aufruf zu einem Ja zum Mediengesetz am 13. Februar auf. Begründung: «Demokratie braucht Meinung. Meinung braucht Wissen. Wissen braucht Fakten. Fakten brauchen Medien. Medien brauchen Geld.» Zu den Erstunterzeichnenden gehören auch Unia-Chefin Vania Alleva und SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard. Wer das Medienförderungspaket ablehne, überlasse die



freien Medien ein paar wenigen Milliardären, die sich Meinung kaufen könnten, steht weiter im Aufruf. Deshalb gebe es nur eins: **Ja stimmen!**

dringender-aufruf.ch

Generalstreik

Italien bebt

Ein seltenes Ereignis in Europa: Am 16. Dezember lieferten die italienischen Gewerkschaften den ersten Generalstreik seit sieben Jahren. Einige Millionen Lohnabhängige legten ihre Arbeit nieder. In den Grossbetrieben der Industrie beteiligten sich 80 bis 90 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Produktion am Ausstand. Bei den Grossverteilern wie Carrefour oder Coop lag die Streikbeteiligung bei 60 Prozent. Ausgenommen

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

vom Streik waren das Gesundheitswesen, die Schulen und andere vitale Bereiche.

Zwar sind die italienischen Gewerkschaften in der Grossmobilisierung die Champions in Europa. Höchstens noch ihre belgischen Kolleginnen und Kollegen können ihnen da das Wasser reichen. In anderen Ländern legen die Gewerkschaften zwar mal eine Branche lahm, jedoch nicht gleich mehrere. Aber dieser Aufruf zum Generalstreik war doch ein Wagnis. «Eine Verrücktheit!», monierten viele in Italien. Es werde bestimmt ein Flop. Aber am 16. Dezember dann: der Riesenerfolg.

Der nächste Streich kommt bestimmt.

POLITISCHER STREIK. Was trieb die beiden Gewerkschaftsverbünde CGIL und UIL eigentlich zum Streik? Immerhin geht es in Italien nach harten Jahren der wirtschaftlichen Krise und der Pandemie jetzt wieder etwas aufwärts. Aber eben nicht für die Leute unten (siehe Seite 9). Steuererleichterung sieht die italienische Regierung vor allem für höhere Einkommen vor. Bei den Schulen will sie weiterhin sparen. Und die Altersrenten sind angezählt. Die Unzufriedenheit in den benachteiligten Klassen steigt. Deshalb griffen die Gewerkschaften zum Mittel des Streiks. Und die Medienleute fragten den CGIL-Chef Maurizio Landini: «Ist das ein politischer Streik?» Und dieser antwortete: «Ja! Er gibt jenen eine Stimme, denen es schlecht geht und die gar nicht mehr wählen gehen. Die Politik hat für sie keine Sensibilität.»

UNRUHE IM LAND. Auf die politische Bedeutung dieses Generalstreiks machte anschliessend auch die italienische Tageszeitung «Corriere della Sera» aufmerksam, die NZZ Italiens: «Es ist besser, wenn die Gewerkschaften der Unruhe im Land Ausdruck verleihen, als wenn dies die populistischen Rattenfänger tun.»

Leider konnte der Generalstreik am Budget für 2022 der Regierung von Ministerpräsident Mario Draghi nichts mehr ändern. Aber allen ist jetzt klar: Kommt die Erhöhung des Rentenalters, sprich die Senkung der Renten, kommt bestimmt der nächste Generalstreich.

UNIA online

FOTO: UNIA

Familienmitgliedschaft bringts

Schütze deine Liebsten mit einer Familienmitgliedschaft. Die Person mit dem kleineren Lohn bezahlt nur den halben Beitrag, erhält aber die gleichen Leistungen. So geht's:
www.unia.ch/familienmitgliedschaft

Ausgebremst: Gericht erklärt Uber zum Arbeitgeber

Uber verliert – und fährt weiter seine Verzögerungstaktik

Gleich zwölfmal sagt's das Zürcher Sozialversicherungsgericht: Uber ist Arbeitgeber. Somit schuldet der US-Taxidienst den Fahrerinnen und Fahrern mehrere Hundert Millionen Franken.

GEPRELLTE ARBEITER: Der Taxidienst Uber findet immer wieder neue Ausreden, um seine Fahrerinnen und Fahrer nicht anzustellen und keine Sozialleistungen zu bezahlen. FOTO: GETTY

CHRISTIAN EGG

Seit bald neun Jahren weigert sich der US-Taxidienst Uber, für seine Fahrerinnen und Fahrer in der Schweiz Beiträge an AHV, Suva und Co. zu zahlen. Schon fast so lange liegen deshalb die Suva und die Zürcher Ausgleichskasse mit Uber im Clinch. Die anderen Kantone, in denen Uber tätig ist, haben ihre Verfahren ebenfalls nach Zürich delegiert.

Jetzt hat das Zürcher Sozialversicherungsgericht entschieden: Uber-Fahrerinnen und -Fahrer sind Angestellte. Die Argumentation des US-Giganten (Börsenwert rund 85 Milliarden Dollar), er sei nur Vermittler von Selbständigen, verfing nicht. Das Gericht hat vielmehr detaillierte Anweisungen von Uber an seine Chauffeurinnen und Chauffeuren festgestellt. Etwa, dass sie zehn Minuten am Treffpunkt warten müssen, wenn sich ein Fahrgast verspäte. Dass die Firma nur von «Empfehlungen» spreche, sei «irrelevant», so die Richterinnen und Richter. Denn wer sich nicht daran hält, riskiert den Rausschmiss aus der Uber-App, sprich: eine fristlose Kündigung. Deshalb sieht das Gericht hier ein klares «Unterordnungsverhältnis», und das sei typisch für ein Angestelltenverhältnis.

«Firmen wie Uber bringen unser Gerichtssystem an seine Grenzen.»
REGULA DICK, UNIA-JURISTIN

Gleich in zwölf parallel geführten Verfahren entschied das Gericht so. Und in mehreren anderen Kantonen urteilten Gerichte ebenfalls: Uber ist ein Arbeitgeber. Die US-Firma schuldet ihren Fahrerinnen und Fahrern somit seit 2013 Sozialversicherungsbeiträge. Laut einer Schätzung der Unia sind das mehrere Hundert Millionen Franken.

KANTONE SIND AM BALL

Doch Uber denkt nicht daran, zu bezahlen. Sondern zieht die Zürcher Urteile ans Bundesgericht weiter. Unia-Chefjuristin Regula Dick befürchtet gar, dass auch ein Entscheid der höchsten Instanz nicht das Ende der Geschichte wäre: «Ich traue es Uber zu, dass sie weitere Tricks finden. Etwa das Argument, die Urteile bezögen sich auf die Vergangenheit und man habe seither die Bestimmungen geändert.»

Firmen wie Uber, sagt sie, brächten unser Gerichtssystem an seine Grenzen: «Sie können jeden Einzelfall anfechten und damit um Jahre verzögern.» Zielführender wäre ein entschlossenes Durchgreifen der Kantone. Aber einzig in Genf ist der Wille spürbar, bei Uber das Recht durchzusetzen. So zwang der Kanton 2020 die Tochterfirma Uber Eats, seine Kurierinnen und Kuriere anzustellen – damals eine Weltpremiere (work berichtete: **rebrand.ly/Uber-Vertrag).** Jetzt bekommen sie den kantonalen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde.

Leichtes Spiel, so Juristin Regula Dick, hat Uber auch wegen Lücken in unseren Gesetzen: «Heute müssen die Sozialversicherungen den Vermittlungsplattformen wie Uber mühsam beweisen, dass sie Arbeitgeberinnen sind. Sinnvoller wäre es, wenn die Firma das Gegenteil beweisen müsste.»

NEUE WEGE

Genau diesen Weg will jetzt die EU-Kommission beschreiten. Sie hat im Dezember eine Gesetzesvorlage verabschiedet mit dem Ziel, geschätzte 4 Millionen Plattform-Arbeitende in den Mitgliedsstaaten besser zu schützen (siehe Kasten). So sollen etwa Essenskurierinnen und Chauffeure automatisch als Angestellte gelten. Und hätten damit in vielen Ländern Anrecht auf einen Mindestlohn, auf bezahlte Ferien, Kündigungsschutz und Lohn im Krankheitsfall. Alles Dinge, von denen Uber-Fahrer in der Schweiz derzeit nur träumen können.

EU: Klare Regeln für Plattformen

Anhand von fünf Kriterien sollen in der EU künftig digitale Plattformen eingestuft werden. Für den Status als Arbeitgeberin spricht, wenn eine Firma
- den Preis der Dienstleistung festlegt,
- die Arbeitenden aus der Distanz überwacht,
- ihnen untersagt, Aufträge abzulehnen oder die Arbeitszeiten selber zu bestimmen,
- das Tragen einer Uniform vorschreibt oder
- ihnen verbietet, für andere Firmen tätig zu sein.

Sobald zwei dieser fünf Kriterien erfüllt sind, soll die Firma automatisch als Arbeitgeberin gelten. Dieser Entwurf für eine verbindliche Richtlinie geht nun an den EU-Ministerrat und das Europa-Parlament. (che)

Arbeiterinnen und Arbeiter bringen Biermulti zur Vernunft

Dank Streik! Besserer GAV bei Heineken

Das schale Angebot der Biermulti-Chefs liess die Heineken-Arbeitenden schäumen. Und streiken. Mit Erfolg!

CLEMENS STUDER

Das gab es seit 28 Jahren nicht mehr: Die Büezerinnen und Büezer des holländischen Brauerei-Multis Heineken legten die Arbeit nieder. Ursache für den Arbeitskampf war das lausige Angebot des zweitgrössten Bierkonzerns der Welt. Die Chefs wollten unter anderem die Lohnstufen einfrieren und die Löhne nicht um mehr als 1,5 bis 2 Prozent erhöhen. Und das bei einer aktuellen Teuerung in Holland von über 5 Prozent. Auch von Verbesserungen beim vorzeitigen Altersrücktritt wollte das Heineken-Management nichts wissen, angemessene Fahrspesen lehnten sie genauso ab wie die feste Anstellung von Dauer-Temporärbeschäftigten.

Am 14. Januar 2022 standen zwei Heineken-Werke still.

EIN TAG REICHTE. Mehrfach forderte die Gewerkschaft FNV Heineken zum deutlichen Nachbessern auf. Doch die Manager mochten sich nicht bewegen. Bis zum 14. Januar. Da riss nämlichen den Arbeitenden nach dem Ablauf eines Ultimatums der Geduldsfaden: Sie legten die Heineken-Brauereien in Den Bosch und Zoeterwoude still. Holland horchte auf. Als nämlich die Heineken-Büezer von 1994 tagelang die Fabriktore besetzten und die Produktion lahmlegten, machte sich das ganze Land Sorgen, zum Geburtstag von Königin Beatrix könnte das Bier ausgehen.

Das war diesmal anders. Erstens, weil die Königin (geboren am 31. Januar 1938) den Thron unterdessen an Sohn Willem-Alexander (27. April 1967) weitergegeben hat. Und zweitens, weil das Heineken-Management bereits am ersten Streiktag einlenkte.

BÜEZER SCHÄUMEN: Heineken wollte ihre Löhne nicht erhöhen. FOTO: ZVG

FNV-Lebensmittelbranchen-Chef Niels Suijker sagt: «Wir haben mit dem Streik und den angedrohten weiteren Massnahmen viel Druck ausgeübt. Darum haben sie sich bewegt.»

MITGLIEDER ENTSCHEIDEN. Das von Heineken jetzt vorgelegte Angebot bringt in allen strittigen Punkten Verbesserung. Ob die reichen, werden die FNV-Mitglieder entscheiden (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe). Noch haben sie den Streik nicht beendet, nur ausgesetzt.

Heineken ist der zweitgrösste Bierkonzern der Welt. 2020 erarbeiteten rund 84 000 Lohnabhängige umgerechnet rund 25 Milliarden Franken Umsatz und rund 215 Millionen Gewinn. In der Schweiz gehören unter anderem die Marken Calanda, Eichhof, Haldengut, Ittinger Klosterbräu und Ziegelhof zu Heineken.

Arbeiterinnen setzen sich gegen unmenschliche Schichtzeiten beim Mode-Konzern Yoox durch

«Auch hier muss man kämpfen!»

Jahrelang haben Arbeiterinnen der Firma Yoox gegen frauenfeindliche Arbeitsbedingungen gekämpft. Mit grossem Erfolg.

MATTIA LENTO

Laila (34) und Liuba (43) holen ihre Kinder um 4.30 Uhr aus dem Bett, bringen sie zu einer Nachbarin und fahren dann zum Logistikzentrum Interporto ausserhalb von Bologna. Dort verpacken sie für die Firma «Lis» Kleider und Modeaccessoires der Zulieferfirma Yoox Net-a-Porter, einer führenden italienischen Marke im Designer-Onlinehandel. In der Woche darauf wecken Laila und Liuba ihre Kinder zwar zu einer menschlicheren Zeit, bringen sie zur Schule, erledigen die liegengebliebene Hausarbeit, arbeiten dann aber den ganzen Nachmittag und Abend bis 23.30 Uhr. Um Mitternacht holen sie die Kinder ab. Solch familienfeindliche Arbeitszeiten wollten sich die beiden Verpackerinnen nicht länger bieten lassen. Und wurden zusammen mit ihrer Gewerkschaft Sicobas aktiv.

«Ich habe alles riskiert, damit mein Sohn bei mir bleiben kann.»
LIUBA, YOOX-ARBEITERIN

WIR SIND NICHT UNSICHTBAR! Plakat zum Streik der Arbeiterinnen gegen die Arbeitsbedingungen im Yoox-Logistikzentrum in Bologna. ILLUSTRATION: GIULIA CONOSCENTI

MÜTTER BENACHTEILIGT

Eine Reihe von Aktionen, darunter auch Streiks, brachten erste Verbesserungen. Aber erst ein Gerichtsurteil verbesserte die Situation nachhaltig. Eleonora Bortolato ist Gewerkschafterin bei Sicobas. Sie erklärt: «Am 31. Dezember 2021 erklärte das Arbeitsgericht Bologna Doppelschichten, wie sie Laila und Liuba arbeiten mussten, für unrechtmässig.» Das Urteil besagt eindeutig, dass die Tagesschicht von 8.30 bis 16.30 Uhr für alle Arbeitnehmenden mit Kindern unter 12 Jahren wieder eingeführt werden müsse. Die Kategorie der erwerbstätigen Mütter dürfe nicht länger benachteiligt werden.

Maurizio Lunghi von der Gewerkschaft CGIL hat das Urteil überrascht, denn seit Jahren sei die Doppelschicht in der Branche die Norm. Er sagt: «Auf jeden Fall muss die Entscheidung des Gerichts nun umgesetzt werden, und wir werden einige Vereinbarungen, die wir in der Vergangenheit mit mehreren Unternehmen getroffen haben, neu diskutieren.»

ANGST VOR DEM SOZIALAMT

Alles begann Ende 2019, als die Firma «Mr. Job» Insolvenz anmeldete. Die Arbeiterinnen, die zuvor in einer einzigen Schicht tagsüber gearbeitet hatten, wurden damals von der «Lis»-Group übernommen und mussten ihr Leben komplett umstellen. Ihre Arbeitszeit wurde neu organisiert: Ihre erste Schicht dauerte von 5.30 bis 13.30 Uhr und ihre zweite von 14.30 bis 23.30 Uhr.

Auch Logistikerin Liubas Leben stand kopf. Sie sagt: «Am Anfang, bevor ich von der Firma ein bisschen mehr Flexibilität bekam, riefen mich die Kindergärtnerinnen an und sagten mir, mein Kind werde jetzt dann gleich auf dem Boden einschlafen.» Liuba hatte Angst, dass sie sie dem Sozialamt melden würden, also sagte sie nichts über ihre Arbeitsbedingungen. Sie konnte aber auch nicht riskieren, arbeitslos zu werden. Sonst hätte sie ihren Wohnsitz verloren und damit die Möglichkeit, die Aufenthaltsgenehmigung für ihren dreijährigen Sohn zu verlängern. Liuba stammt aus Moldawien und hat eine unbefristete Aufenthaltsbewilligung, die aber für ihren Sohn nicht gilt. Jedenfalls nicht in den ersten Lebensjahren. Das ist absurd. Um gemeinsam mit ihrem Sohn in Italien bleiben zu können, musste Liuba also alles riskieren: «Ich habe gestreikt, ich habe mich exponiert. Viele meiner Kolleginnen hatten nicht den Mut dazu, aber einige von ihnen haben sich nach dem Urteil bei mir bedankt.» Liubas Kollegin Laila hätte nie gedacht, dass sie sich in Europa in einer solchen Situation wiederfinden würde: «Ich kam 2009 aus Marokko nach Italien und hatte niemals ein so problematisches Arbeitsumfeld erwartet.» Doch jetzt weiss sie: dass «man auch hier kämpfen muss».

«Dank unseren Kämpfen haben sich unsere Löhne fast verdoppelt.»
LAILA, YOOX-ARBEITERIN

NICHT MEHR UNSICHTBAR

Wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt. Laila ist stolz auf das, was sie erreicht haben: «Unsere Löhne haben sich jetzt fast verdoppelt, Mutterschaftsurlaub und Stillen wurden voll anerkannt.» Sie konnten sich auch gegen Fälle von Belästigung und Missbrauch wehren.

Ebenfalls ein Riesenerfolg: Die italienischen Medien sind auf die mutigen Yoox-Arbeiterinnen aufmerksam geworden. Sie sind jetzt nicht mehr unsichtbar. Und sie haben Solidarität erfahren: Einige Politikerinnen und Politiker unterstützten ihre Forderungen. Und die Gleichstellungsbeauftragte der Region Emilia-Romagna brachte ihren Fall vor Gericht. Vor jenes Gericht, das schliesslich das bahnbrechende Urteil über diese unmenschlichen Schichtarbeitszeiten erliess. Kein Wunder, sind die Frauen stolz!

Yoox: Luxus-Onlinehändler

Yoox Net-a-Porter ist ein weltweit tätiger Onlinehändler und verkauft über die eigenen Websites Kleider und Accessoires von ungefähr 650 Luxus-Modemarken in 180 Länder. Der Konzern hat rund 5000 Mitarbeitende, 10 Bürostandorte und 9 Logistikzentren.

RICHEMONT. Net-a-Porter wurde im Jahr 2000 von einer Mode-Journalistin in London gegründet. 2015 kaufte der italienische Modekonzern Yoox die Firma und führte den Hauptsitz nach Mailand über. Yoox Net-a-Porter ist eine Tochterfirma des Schweizer Luxusgüterkonzerns Richemont.

la suisse existe
Jean Ziegler

DANKE, DESMOND TUTU

Zwischen Weihnachten und Neujahr ist der letzte Gigant der südafrikanischen Revolution gestorben. Desmond Tutu, erster schwarzer Erzbischof der anglikanischen Kirche von Kapstadt und Widerstandskämpfer des African National Congress (ANC), verliess den Planeten nach 92 Jahren. Der kleine, schmächtige, unglaublich lebendige Tutu veränderte die Geschichte Afrikas innerhalb seiner Generation gleich zweimal auf entscheidende Weise.

Tutu hat Massaker an Weissen, einen Bürgerkrieg und die Zerstörung von Südafrika verhindert.

FRIEDENSNOBELPREIS. *Sein Vater war Lehrer und Gewerkschafter. Er kämpfte sein Leben lang – weitgehend umsonst – für eine halbwegs anständige Schulbildung der schwarzen Kinder. Sohn Desmond erhielt ein norwegisches Stipendium und studierte in England Theologie. Für seinen unerhört mutigen Kampf gegen die mörderische Rassendiktatur erhielt er 1984 den Friedensnobelpreis.*
Im Westen war der ANC als kommunistische Organisation verschrien. Mitten im Kalten Krieg gelang es Tutu in unzähligen Reden und Begegnungen mit Regierungen in Europa, in Washington und bei der Uno, den ANC als das zu vermitteln, was er tatsächlich war: eine pluriethnische, Klassen übergreifende, nationale Befreiungsbewegung. Der internationale Wirtschaftsboykott brachte die Rassendiktatur schliesslich zu Fall. Tutu hatte dafür den Weg bereitet.
Im April 1994 fanden im Riesenland Südafrika unter Uno-Aufsicht die ersten demokratischen Wahlen statt. Der stellvertretende Uno-Generalsekretär Lakhtar Brahimi leitete die Uno-Mission.
Ich war deren Mitglied und sah beinahe täglich Nelson Mandela, Thabo Mbeki, Desmond Tutu und Brahimi an der Arbeit.

WAHRHEITSKOMMISSIONEN. *Tutu erfand die Wahrheits- und Versöhnungskommission. Vor Hunderten dieser Kommissionen im ganzen Land klagten die Überlebenden und die Angehörigen der Opfer die anwesenden Täter ihrer Verbrechen an. Wenn die Täter gestanden und um Verzeihung baten, wurden sie wieder in die Gemeinschaft aufgenommen. Bestritten sie oder hatten sie Blut an den Händen, wurden sie den Gerichten überstellt. Heute erinnert sich kaum jemand an die Folterknechte und Massenmörder der Rassendiktatur. Unstillbarer Hass erfüllte nach dem Ende des Apartheid-Regimes zu Recht die Familien der vielen Tausend Opfer. Dass Desmond Tutu trotzdem die Durchsetzung der Wahrheitskommissionen gelang, grenzt an ein Wunder.*
Durch seine Klugheit, seine Überzeugungskraft und seine unendliche Geduld hat Tutu Massaker an den Weissen, einen Bürgerkrieg und schliesslich die Zerstörung Südafrikas verhindert. Ihm gehört der Dank aller zivilisierten Menschen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. 2020 erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neustes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

work kommentar
Oliver Fahrni

MACRONS VERANTWORTUNG

Was steckt hinter dem raschen Aufstieg von Eric Zemmour? Sicher seine ohrenbetäubende Medienpräsenz. Und die Unterstützung von Teilen des Grosskapitals, das ihm neuerdings höfelt.
Eine andere oberflächliche Antwort wäre: Sein Aufstieg zeigt die tiefe Krise der französischen Gesellschaft. Drei von vier Französinnen und Franzosen gaben im August 2021 an, das Land befinde sich unaufhaltsam im Niedergang. Im vergangenen Jahr wurden 1186 französische Politikerinnen und Politiker mit dem Tode bedroht oder tätlich angegriffen, teilte das Innenministerium gerade mit. Da nützt alles Grossgerede und Ordenverteilen des Präsidenten nichts. Auch Emmanuel Macron bekam seine Ohrfeige ab, und während der Revolte der Gelbwesten musste er Fluchthelikopter zum Elyséepalast beordern. Da brodelt schon länger was.

MACRONS ANGRIFF. *Also sollten wir genauer hinschauen. Marine Le Pen, die Führerin der rechtsextremen Partei RN, machte bereits 2017 fast 11 Millionen Stimmen, obschon sie im TV-Duell gegen Macron abgestürzt war – und Linke wie bürgerliche Rechte gegen sie mobil machten. In Wahrheit legen die Rechtsextremen seit zwei Jahrzehnten stetig zu.*

Drei von vier Französinnen und Franzosen finden, das Land befinde sich im Niedergang.

Aber Macron gewann 2017 gerade noch, und er verschärfte das neoliberale Regime. Eine ganze Generation war in kapitalistischen Krisen gross geworden. Die Sozialdemokraten, die sich in Frankreich noch Sozialisten nennen, boten längst keine Alternative mehr, denn sie hatten sich hinter der neoliberale Doktrin eingereiht. Kein Wunder also, peilt die Kandidatin der Partei, Anne Hidalgo, nun gerade noch die 6-Prozent-Grenze an.
Macron schaffte sofort die Reichtumssteuer ab, kippte Wohnbeihilfen und andere Sozialleistungen und zerschlug mit einer weiteren Reform der Arbeitsgesetze den Schutz der Arbeitenden. Dann senkte er die Steuern und Abgaben für Reiche und Unternehmen weiter. Sein nächster Angriff zielte auf den Service public, zuerst auf die Eisenbahner, dann die Post, die öffentliche Schule und das Gesundheitssystem (sogar in der Covid-Krise macht er weiter Spitalbetten zu). Derweil flossen die Suvbentionen an die Konzerne so reichlich, dass sich die Aktionärinnen und Aktionäre in Macrons Amtszeit mehrere Hundert Milliarden Euro Dividenden auszahlen konnten. Und, weil er die Kapitalgewinnsteuer schleifte, dafür nur minimal versteuern mussten. Jobs schuf das kaum. Dennoch strich er das Arbeitslosengeld massiv zusammen und lässt gerade Hunderttausende aus der Arbeitslosenkasse werfen (das Gesetz ist seit 1. Januar in Kraft). Und nur die Pandemie stoppte Macrons geplante Rentenreform.

MACRON SPIELT RECHTS. *Dies alles hat ihm den Ruf eingetragen, der Präsident der Ungerechtigkeit, der Präsident der Reichen zu sein. Tatsächlich schwollen die Vermögensunterschiede an. Und die Armut.*
Klar, mobilisierte dies, neben den Gelbwesten, vielfältigen Protest. Macron liess sämtlichen Widerstand von der Polizei brechen. Frankreichs Polizei wird im April, wie eine Umfrage zeigte, zu 72 Prozent Le Pen oder Zemmour wählen. Nicht genug: 200 Generäle und hohe Offiziere der Armee drohten öffentlich mit einem Putsch, um die aufmüpfige Gesellschaft zu zähmen.
Macrons Problem ist, dass verschärfte Sicherheitsgesetze und Polizei allein die Sache nicht richten. Denn der neoliberale Kapitalismus hat in den Augen einer grossen Mehrheit jede Legitimität verloren. Das hatten schon die Väter des Neoliberalismus wie Friedrich Hayek und Milton Friedman vorausgesehen und formuliert: Diese Form des Kapitalismus ist mit der Demokratie nicht kompatibel. Es braucht eine autoritäre Wende.
Die wird, wie das Beispiel Trump zeigt, zuerst als Kulturkampf ausgetragen. Macron begann die Themen der Rechtsextremen zu bespielen. Islam, Migration, Sicherheit, kritische Wissenschaft. Mit einem Gesetz «gegen Separatismus» stempelte er den Islam, nicht nur den Islamismus, zur gefährlichen Bedrohung. Sein Innenminister warf Marine Le Pen vor, in dieser Frage etwas schlapp zu sein. Le Pen wunderte sich, quasi im Schlafwagen zu rechtsradikalen Themen gefahren zu werden.
Gegen die kritische Produktion der Wissenschaft schickte Macron seinen Bildungsminister aus. Seither werden an den Universitäten Forschungskredite gekappt, Jobs umbesetzt, und wer trotzdem noch einen kritischen Ton wagt, wird als «Islamo-Linker» plattgemacht – auch wenn sein Thema nichts mit dem Islam zu tun hat. Der bekannte Ökonom und Ungleichheitsforscher Thomas Piketty notierte zur Jahreswende in der Zeitung «Le Monde»: «Macron trägt eine erdrückende Verantwortung am Rechtsrutsch der politischen Landschaft.»

VERZIEHT EUCH! Präsidentschaftskandidat Eric Zemmour zielte an der Messe für innere Sicherheit in Paris auf eine Gruppe Medienleute. FOTO: LE PARISIEN

Präsidentschaftswahlen: Was ist bloss mit der Grande Nation los?

Faschist verführt Frankreich

Im April kürt Frankreich einen Präsidenten oder eine Präsidentin. Eine Rechtsextreme und eine extrem Rechte haben Chancen, den wieder antretenden Emmanuel Macron herauszufordern. Doch alle reden nur vom selbsternannten Messias Eric Zemmour.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Eric Zemmour, der rechtsextreme Scharfmacher, packte sich ein Snipergewehr mit Schalldämpfer und zielte auf eine Gruppe Medienleute: «Jetzt vergeht euch das Lachen, was?» rief er, «verzieht euch!» So geschehen im vergangenen Oktober an der Messe für innere Sicherheit («Milipol») in Paris.

Dieser Mann will bei den Wahlen im kommenden April den französischen Präsidenten Emmanuel Macron ablösen. Man möchte sich das gar nicht erst vorstellen: Zemmour vertritt ein scharf rechtsextremes Programm, und ein französischer Präsident ist mit fast unbeschränkter Macht ausgestattet. Er würde das Land in den Bürgerkrieg stürzen, den er immer wieder herbeiredet (und insgeheim herbeisehnt). Und Europa müsste an Zemmour zerbrechen. Das werde die französische Gesellschaft nicht zulassen, redet man sich ein.

Zemmour ist der Faschist für die Pariser Salons.

Das Gefühl könnte täuschen. Zemmour, der TV-Mann und Bestsellerautor, hat sich bei Donald Trump einiges abgeschaut. Permanente rassistische Hetze (wofür er schon dreimal verurteilt wurde), sexistische Provokationen bis hin zur Tätlichkeit und Dauer-Verhöhnung der Demokratie. Frankreich hätte ein paar ernste Probleme, wie etwa die wachsende Armut von einem Drittel seiner Bevölkerung. Geredet wird aber nur über zwei Dinge: über Covid und Zemmour, den selbsternannten Messias.

DIE GROSSE VERDRÄNGUNG

Was ist bloss mit Frankreich los? Im Land, das sich rühmt, die Mutter der Aufklärung und der Menschenrechte zu sein, scheinen alle Dämme zu brechen. Rund um die Uhr agitieren auf (fast) allen Kanälen gestandene «Philosophen», «Politik-Analysten», «Editorialistinnen» gegen Migranten und Frauenrechtlerinnen, gegen Muslimas, Linke, Gewerkschafter und die Klimajugend.

Zuerst war es nur ein Grummeln, doch nun schwillt es zum Gebrüll an. Ein ranziger Rassismus ist gerade in «besseren Kreisen» wieder salonfähig. Enthemmt wird in Pariser Literatencafés Zemmours Rede beklatscht. Ihm gehören die Titelseiten und die TV-Bühnen. Er selbst fasst das sinngemäss so zusammen: Der Klassenkampf war gestern, jetzt gehe es um den Kampf der «Identitäten», der Rassen. Ein schlechter Witz: Zemmours Eltern sind jüdische Araber aus Constantine (Algerien). Er wurde in der Synagoge religiös erzogen. Was ihn nicht daran hindert, auch mal antisemitische Töne anzuschlagen.

Frankreich ist eine Gesellschaft, die zu grossen Teilen von Einwandernden gebaut wurde. Gainsbourg, Aznavour, Montand, Picasso, Chagall, Pierre Cardin, Marie Curie – alles «Ausländerinnen und Ausländer». Der frühere (auch schon fremdenfeindliche) Präsident Nicolas Sarkozy ist eigentlich ein ungarischer Adliger. Ex-Regierungschef Edouard Balladur ein armenischer Türke. Manuel Valls, ein anderer Ex-Premier, ist Spanier mit einer Grossmutter aus dem Wallis. Paris wäre ein trauriges Provinznest, hätten nicht Menschen aus aller Welt ihre Intelligenz und Tatkraft an die Seine getragen.

Alles passé. Denn nun macht sich ein ganzer Tross von etablierten «Denkern» und «Chronisten» im Stile Zemmours daran, eine absurde Behauptung mehrheitsfähig zu machen: Frankreich sei das Opfer einer grossen Verdrängung («grand remplacement»): Seine gut gallische Bevölkerung werde durch eine Einwanderung dunklerer Hautfarbe unterjocht. Und diese wollten hier den Halbmond des Islams hissen, um die europäische Zivilisation auszulöschen. Zwar ist nicht ganz klar, was sie mit «Zivilisation» meinen. Schliesst das den Holocaust, die brutalen Kolonialkriege, zwei Weltkriege, den mörderischen Kapitalismus und die ökologische Vernichtung ein?

Vor allem aber widerlegen alle harten Fakten von Wissenschaft und Statistik diese Komplott-Theorie, die der reaktionäre französische Autor Renaud Camus 2010 in die Welt gesetzt hat. Und noch mehr tut es der französische Alltag. Real gibt es keine Masseneinwanderung, die religiöse Praxis ist rückläufig. Nur ist die irre These ungemein praktisch: Wir können gar nicht rassistisch sein, reden sich die Neu-Faschisten heraus, weil sie selbst Opfer eines anti-weissen Rassismus seien. Da erübrigen sich alle Debatten über die tägliche Diskriminierung in Frankreich, die soziale Not, die Polizeigewalt in den Vorstädten oder die Folgen der Kolonialisierung.

RECHTES GRUSELKABINETT: Eric Zemmour, Marine Le Pen und Valérie Pécresse fordern Präsident Emmanuel Macron heraus (von links). FOTOS: KEYSTONE

DIE GROSSE VERWIRRUNG

Derlei wird inzwischen sogar von Ministern von Präsident Macron vertreten. Die bürgerlichen Rechten (Republikaner) sind ganz auf diese Linie eingeschwenkt, und sie wirkt bis in die Sozialdemokratie und die Grünen hinein. Auch Manuel Valls, der dem «Sozialisten» François Hollande als Regierungschef diente, redet Zemmour inzwischen nach dem Mund. Der neue Rassismus kommt nicht von unten. Er ist das Produkt der politischen und ökonomischen «Eliten». Der Millionär Zemmour ist lediglich ein Symptom dieser Entwicklung. Doch weil er die französischen Eliteschulen durchlaufen hat, ist er passabler als etwa Marine Le Pen von der rechtsextremen Nationalen Front (heute «Rassemblement National»). Ihr hängt immer noch der Nazi-Stallgeruch ihres Vaters Jean-Marie Le Pen an. Zemmour ist der Faschist für die Pariser Salons.

Manche Grobheit (etwa die Klage über die «Entmännlichung Frankreichs») lässt man ihm durch, weil er die Geschichte gefällig fälscht. Kürzlich verkündete er gar, Marschall Pétain, der Kopf des Vichy-Regimes im Zweiten Weltkrieg, sei wesen als «Journalist» schon seit Jahrzehnten. Bis vor kurzem hatte er nicht einmal eine eigene Partei. Nun hat er sie doch noch gegründet. Sie heisst «Wiedereroberung» (in Anspielung an die Vertreibung der Muslime und Juden aus Andalusien durch die Katholischen Könige im 15. Jahrhundert). Zemmour wäre eigentlich eine Nullnummer, stünde da nicht eine Warnung im Raum: der Wahlsieg Donald Trumps 2017.

Im Aufstieg Zemmours spielen verschiedene Dinge zusammen (siehe Kommentar links). Ein wichtiger Grund heisst Bolloré. Vincent Bolloré. Zemmour ist sein Kandidat, der Kandidat seines Konzerns. Die global agierende Bolloré-Gruppe (Logistik, Transport, Häfen) hat ihr Geld vor allem in Afrika gemacht, zum Teil mit kriminellen Methoden. Jetzt hat sich der Multimilliardär (und Ex-Geschäftspartner von Silvio Berlusconi) in kurzer Zeit ein mächtiges, reaktionäres Medienimperium zusammengekauft (Buchverlage, TV, Radio, Zeitungen). Sein Ziel: Zemmour zum Präsidenten zu machen. Der Bolloré-Sender CNEWS ist für den Rechtsextremisten zu dem geworden, was Fox News für Trump ist. Andere Kapitalisten zogen mit finanzieller und politischer Unterstützung nach. Aus Duldung ist Komplizenschaft mit dem Neofaschisten geworden.

Darüber macht sich in Frankreich jetzt leise Panik breit. Denn in manchen Umfragen scheint Zemmour, der dem Volk gerne den Stinkefinger zeigt, für den 2. Wahlgang qualifiziert (dort machen nur die beiden Bestplazierten die Entscheidung aus). Dafür könnten schon 15 Prozent der Stimmen genügen. Wie eine Entscheidung Macron gegen Zemmour ausgehen würde, ist ungewiss. Macron hat den Vorteil der Macht. Doch mit seiner neoliberalen, antisozialen Politik hat er die Mehrheit der Französinnen und Franzosen gegen sich aufgebracht.

Im ersten Wahlgang könnten Marine Le Pen (Nationale Front) und Valérie Pécresse von den Republikanern Zemmour den Coup streitig machen. Ideologisch trennt sie heute kaum noch etwas. Pécresse drohte dieser Tage, sie werde «den Kärcher aus dem Keller holen, um die Banlieue auszumisten». Zusammengenommen liegen sie in den Umfragen vor Macron. Diverse Republikaner, darunter die frühere Nummer zwei der Partei, sind bereits zu Zemmour übergelaufen. Das freut Zemmour, denn er möchte die extreme Rechte und die Rechtsextremen zu einem neofaschistischen Block zusammenführen.

Zemmour will Namen wie Aïcha, Mohamed und Aurora nicht mehr zulassen.

Der französische Soziologe Philippe Corcuff nennt diese Methode «grosse Verwirrung». Sie schafft ein günstiges Klima für ultrarechte Theorien. Und nebenbei werden Aufklärung, Menschenrechte, Wissenschaft, Gerechtigkeit, Wahrheit gleich mit gekübelt.

Geht es nach Zemmour, soll in Frankreich schon bald ein gallisches Reinheitsgebot gelten. Voller Hass fiel der Mann vor laufenden Kameras über die französische TV-Frau Hapsatou Sy her. Sie habe sich gefälligst Corinne zu nennen, machte er sie an, Hapsatou sei kein französischer Name. Der Grossvater von Sy hat als Senegalese in der französischen Armee gekämpft. Auch die Mohameds, Aïchas und Auroras will Zemmour nicht mehr zulassen. Als Präsident, so teilte er mit, werde er nur noch Vornamen aus dem katholischen Kalender tolerieren.

DER GROSSE PLAN

In anderen Zeiten und Umständen hätte man über dieses polternde Herrenmenschen-Getue gelacht. Zemmour treibt sein rechtsextremes Un-

Gewerkschaften gegen Rechtsextremismus:

«Nur geeint sind wir sicher!»

In Frankreich vergeht kein Tag mehr ohne rechtsextreme Attacken gegen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Jetzt wehren sie sich.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Kurz vor Jahresende spitzte sich die Lage zu. Ende November hatte eine Horde Neonazis in Paris drei Eisenbahnergewerkschafter auf einer Pariser Caféterrasse spitalreif geprügelt, weil einer der Bähnler ein antifaschistisches T-Shirt trug. In der Nacht zum 21. Dezember verwüstete ein rechtsextremer Trupp das Lokal der Gewerkschaft SUD im französischen Département Ain, gleich hinter Genf. Zwei Tage später überfielen neofaschistische Schläger eine Demonstration von Uni-Gewerkschaften im südfranzösischen Aix-en-Provence. Es gab mehrere Verletzte. Und zu Silvester griffen Ultrarechte das Haus der Gewerkschaft CGT in Bordeaux an.

SCHWARZE LISTE

Inzwischen vergeht in Frankreich kein Tag ohne eine Attacke auf Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Meist kommen die Rechtsextremen im Rudel, manchmal gleich zu Dutzenden wie in Paris, wo sie mit Stöcken und Ketten auf eine Frauendemo gegen Gewalt und Femizid losgingen.

Gewerkschaften und Linke stehen auf der schwarzen Liste der Anhänger von Eric Zemmour und Marine Le Pen ganz oben – gleich nach Migranten und Frauen. Logisch: In Betrieben mit starken Gewerkschaften haben die Neofaschisten nichts zu melden. Und wo sich die Menschen kollektiv für sichere Renten, demokratische Rechte oder die soziale Sicherheit einsetzen, haben die Rechten regelmässig das Nachsehen. Etwa, als die Gelbwesten 2018/2019 das Land Samstag für Samstag mit ihrem Protest erschütterten. Nur die starke Präsenz von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern unter den Gelbwesten stoppte dabei den Versuch von Le Pens Leuten, die Bewegung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Präsidentschaftskandidat Zemmour sagt regelmässig den Tod der Gewerkschaften voraus. Sie passen nicht in sein autoritär-neoliberales Programm. Vorläufig ist das mehr Wunsch als Wirklichkeit. Dies gilt auch für Le Pen. Der Marseiller CGT-Gewerkschafter und Filmtechniker Cédric Bottero weiss: «Brechen die Rechtsextremen durch, werden sie die Gewerkschaften zerstören oder durch ihre eigenen Organisationen ersetzen. Dann stehen wir Arbeitende auf verlorenem Posten.»

BESONDERE VERANTWORTUNG

Noch in diesem Monat wird eine Broschüre erscheinen, die alle Überfälle, Drohkampagnen und Aktionen der Rechtsextremen dokumentiert. Ein dicker Katalog. Recherchiert hat ihn eine Organisation, die unter dem Kürzel VISA firmiert. Bottero ist ihr Präsident. In VISA haben sich mehr als 100 Gewerkschaften zusammengetan. Sie wollen das Vordringen der Rechtsextremen in die Arbeitswelt dokumentieren, erforschen und bekämpfen. Darum sind die VISA-Leute neben ihrer Lohnarbeit ständig auf Achse, sie informieren und schulen die Belegschaften und die Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre. Cédric Bottero sagt: «Wir haben eine besondere Verantwortung.»

Zumindest in der Arbeitswelt steht die republikanische Front gegen rechts.

DER ZUSAMMENSCHLUSS

Denn die Gewerkschaften wissen, was die Statistiken zeigen. Viele Wählerinnen und Wähler der Rechtsextremen stammen aus den arbeitenden Schichten, manche sind vielleicht sogar in einer Gewerkschaft organisiert. Und die Abbaupolitik von Präsident Macron treibt immer mehr in die Arme von Le Pen und Zemmour. Bottero: «Wir müssen zeigen, wie absurd die Pseudolösungen der Rechten sind. Lassen wir uns gegeneinander ausspielen, Prekäre gegen Arbeitslose, Migranten gegen Französinnen, Frauen gegen Männer usw., sind wir tot. Nur geeint und solidarisch, ohne mit der Wimper zu zucken, können wir unsere Existenzen sichern und verbessern.»

Wie ernst die Lage ist, zeigt die VISA-Mitgliederliste: Sie sind alle da – auch Gewerkschaften, die üblicherweise mehr trennt als eint. Von sozialliberalen Kaderorganisationen bis zu den Anarcho-Syndikalisten der CNT. Zumindest in der Arbeitswelt steht die republikanische Front gegen rechts.

GANZ IN GELB: Nur die starke Präsenz von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern unter den Gelbwesten verhinderte den Versuch der extremen Rechten, die Bewegung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. FOTO: GETTY

Umbauprojekt: Welche Gewerkschaft für welche Zukunft?

Der Fahrplan zur noch besseren Unia

Um die Gewerkschaft zu erneuern, hat die Unia umfassende Diskussionen lanciert. Jetzt steht der Zeitplan für das Megaprojekt.

JOHANNES SUPE

Was für ein Kraftakt! 32 Sitzungen in zwei Monaten. In offenen Diskussionsrunden haben die Mitglieder der Unia die Zukunft ihrer Organisation besprochen. Codename: «Unia 2.0». Das war Phase eins des grossen Gewerkschaftsumbaus, pünktlich abgeschlossen im November des vergangenen Jahres. Der weitere Weg sieht noch einige grosse Debatten vor. Einen Vorbehalt gibt es: Womöglich nimmt sich die Unia mehr Zeit zum Diskutieren als gedacht. Geplant ist Folgendes:

BIS MITTE FEBRUAR: Erste Entwürfe werden erstellt. Derzeit liegt der Ball bei der Unia-Geschäftsleitung. Das siebenköpfige Gremium soll Vorschläge unterbreiten, welche Änderungen wirklich sinnvoll sind. Eine Mammutaufgabe, schliesslich legten die Mitglieder mehr als 1200 Eingaben vor. Um die Herausforderung zu bewältigen, will die Geschäftsleitung schon jetzt die örtlichen Spitzen der Unia-Regionen hinzuziehen. Bis Mitte Februar soll die Arbeit erledigt sein. Dann tagt der Zentralvorstand (ZV), oberstes Leitungsgremium der Unia, und befindet über die Vorschläge der Geschäftsleitung.

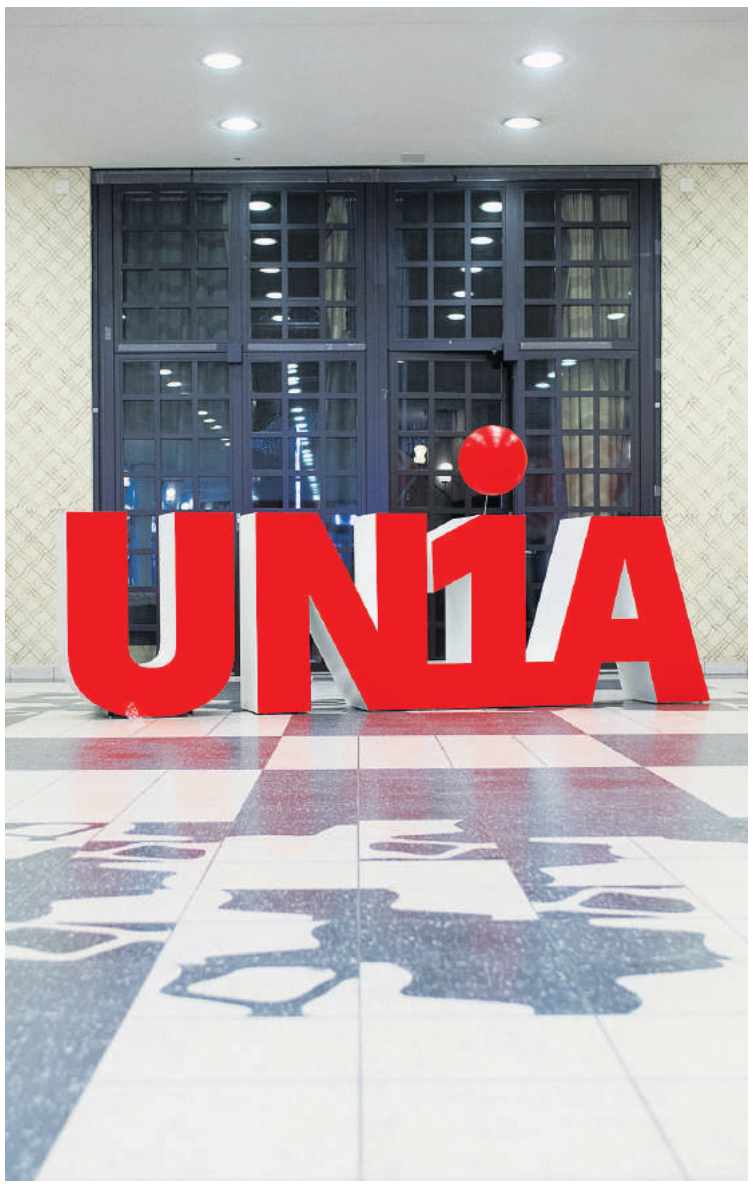
BIS MITTE MAI: Die ganze Gewerkschaft gibt Rückmeldungen. Jetzt geht es richtig los: Die konkreten Reformpläne werden in der ganzen Unia diskutiert. Sämtliche Regionen, Interessengruppen und Sektoren erhalten die Möglichkeit, ihre Meinung abzugeben. Das wird eine rege Diskussion geben: Wie reagieren zum Beispiel die starken Baugruppen der Unia, wenn der Sektor, in dem sie zusammengefasst sind, umgestaltet werden soll? Welchen Wandel in den Regionen wünschen sich die örtlichen Vorstände? Die ersten Antworten auf diese Fragen sollen die Gremien bis Mitte Mai abgeben. Dann wird der Zentralvorstand ein weiteres Mal zusammentreten.

Sämtliche Regionen, Sektoren und Interessengemeinschaften sind involviert.

BIS SEPTEMBER: DV und ZV arbeiten Kongressanträge aus. Die eingehenden Rückmeldungen wird der Zentralvorstand im Mai zu einer weiterentwickelten Version der Statutenreform verarbeiten und diese der Delegiertenversammlung (DV) im Juni unterbreiten. In der Septembersitzung schliesslich schickt der Zentralvorstand einen bereinigten Reformentwurf in die «Kongress-Vernehmlassung». Der Endspurt zum Reformkongress beginnt.

BIS ZUM FRÜHLING 2023: Debatte über die Anträge. Abermals wird in der ganzen Unia diskutiert. Regionen, Sektoren und Interessengruppen können sich zu den nun vorliegenden Kongressanträgen äussern und auch Änderungen an ihnen fordern oder dem Kongress selbst neue Anträge vorlegen. Vor früheren Unia-Kongressen sind auf diesem Weg oft Hunderte Korrekturen oder neue Vorschläge eingegangen. Wie viele es dieses Mal werden? Sicher ist, dass am Ende der Kongress entscheiden wird.

1. HALBJAHR 2023: Der Veränderungskongress. Die Gewerkschaft ist Sache ihrer Mitglieder. Und so wird der ausserordentliche Unia-Kongress, auf dem Hunderte Mitglieder zusammenkommen, über den Umbau entscheiden. In den vorigen Kongressen haben die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter immer wieder gezeigt, dass sie grosse Umsicht und im Zweifel auch Vorsicht walten lassen. Am Veränderungskongress könnte dort die Unia der Zukunft entstehen.



DEMOKRATISCHER WEG: Die Mitglieder werden am Veränderungskongress über die Zukunft der Unia entscheiden. FOTO: UNIA

1200 Ideen: ein Bericht

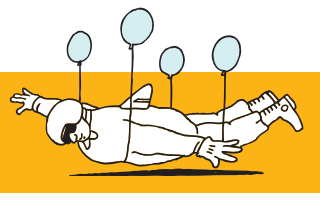
In den bisherigen offenen Diskussionsrunden haben die Mitglieder mehr als 1200 Ideen eingebracht. Eine Begleitgruppe, ebenfalls bestehend aus Mitgliedern, hat die Resultate bereits in einem Bericht zusammengefasst.

DSCHUNGEL. Eines der Hauptthemen: die Aufgabenverteilung zwischen den zentral vereinbarten Zielen der Gewerkschaft und der Autonomie der einzelnen Unia-Regionen. Hier soll es mehr Ordnung geben sowie eine klare Zuweisung, was die Geschäftsleitung beziehungsweise die Zentrale der Gewerkschaft entscheidet und was weiterhin bei den Regionen liegt. Ein anderes Thema, das den Mitgliedern am Herzen liegt, ist die (zu) hohe Komplexität der Unia. Einem Mitglied, das sich einbringen will, zeigt sich geradezu ein Dschungel an Gremien. «Vereinfachen, ohne abzuholzen» lautet hier die Devise (work berichtete: **rebrand.ly/unia-zukunft).** (jos)

Den Begleitbericht können Sie bei der Unia bestellen: Mail mit entsprechendem Betreff, Namen, Vornamen und Mitgliednummer an **unia2.0@unia.ch.**

---

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Omikron-Aerosole in der Luft: «Die Schweizer versuchen, an einem Wochenende alle zu durchseuchen»

Im Gegensatz zu Deutschland und Österreich lassen wir die Dinge einfach laufen. Auch die Skirennen in Adelboden und Wengen. Maskenlos grölen da Tausende Fans um die Wette. Nur ein österreichisches Ski-As findet dafür noch die Worte.

Der Skisport ist eine Randsportart. Die führenden US-Fernsehstationen übertragen nicht einmal jene Weltcuprennen, die in den USA stattfinden. Die 30 besten Skirennfahrerinnen und -fahrer dieser Welt verdienen durchschnittlich weniger als die weltweit besten 5000 Fussballer. Sport ist Business, und dieses Geschäft lebt von den Einschaltquoten.

Das Chuenisbärgli in Adelboden wird früher oder später dem Klimawandel zum Opfer fallen. Bis es so weit ist, werden hier aber noch einmalige Geschichten geschrieben. Zum Beispiel die: Johannes Strolz ist 29 Jahre alt. Seit seiner Jugend im Sportgymnasium Stams in Österreich träumt er davon, einmal ein Weltcuprennen zu gewinnen. Der Papierli-Polizist, der zwar als Polizist angestellt war, aber nicht als Polizist arbeitete, hat es nie geschafft. Deshalb flog er im Frühling 2021 aus dem österreichischen Ski-Kader.

In Adelboden gewann Johannes Strolz jetzt trotz oder wegen seines Rausschmisses den Slalom – zur Überraschung aller. Die Tränen kullerten ihm über seine Wangen. Viele freuten sich mit ihm. Auch sein gleichaltriger Freund Manuel Feller, der immerhin Zweiter wurde. Feller ist ein aufgeweckter Wuschelkopf. Während im Zielraum mehr als 12 000 Fans ohne Masken um die Wette grölten, brachte Feller die schweizerische Corona-Politik treffsicherer auf den Punkt als gleichentags alle Kommentierenden in den Schweizer Sonntagszeitungen. Er sagte: «Die Schweizer gehen da ein bisschen einen anderen Weg. Die versuchen, an einem Wochenende gleich alle zu durchseuchen.»

SCHLECHTE LUFT. Im Gegensatz zu Deutschland und Österreich lassen wir die Dinge einfach laufen. Ende Januar, auf dem Höhepunkt der Omikron-Welle, dürften sich deshalb zwischen 10 und 30 Prozent der Bevölkerung mit dieser Virusvariante anstecken. Pro Woche! Das schätzte die Präsidentin der Corona-Taskforce, Tanja Stadler, noch vor zehn Tagen. Nun ist sie schon optimistischer, dass es doch nicht so schlimm kommt. Wie auch immer: Alles ist halb so schlimm, wären nur alle geboostert. Das wissen wir jetzt auch. Sind sie aber nicht.

Werden wir uns wenigstens für den Winter 2022/23 halbwegs richtig vorbereiten?

Die Schweiz ist hochkompliziert. Nehmen wir das Beispiel der Schulzimmer. In vielen Kantonen sind schwergewichtig die Gemeinden für gute Luft dort verantwortlich. In anderen die Kantone selber. Und der Bund könnte mit klaren Vorgaben und Fristen alle und alles steuern.

SKIFAHRER MANUEL FELLER: Der beste Corona-Analytiker ist dieser Wuschelkopf aus Österreich. FOTO: IMAGO

Soweit überblickbar, bestreitet niemand die Tatsache, dass es von Vorteil ist, wenn in den Schulzimmern der CO_2-Wert während des Unterrichts möglichst tief ist. Dies fördert nicht nur die Aufnahmefähigkeit der Schülerinnen und Schüler und die Konzentrationsfähigkeit der Lehrpersonen. Nein, es senkt auch die Zahl der Ansteckungen. Beides können wir in den kommenden Jahren gut gebrauchen.

BÄUMLE & SCHMEZER. Die schlechte Nachricht vorweg: Die Luft in modernen Schweineställen ist besser als die Luft in einem durchschnittlichen Schweizer Schulzimmer.

Der Grünliberale Martin Bäumle war lange Zeit immer mit dem CO_2-Messgerät im Hosensack unterwegs. Am 30. November 2020 meldete er sich aus dem Bundeshaus mit der Meldung: «Die Luft ist gut im Bundeshaus.» Gut für ihn, aber keine Lösung für die Schulzimmer. Seither ist Bäumle zunehmend verstummt. Leider.

Der Journalist Ueli Schmezer verlässt den Kassensturz und SRF. In den letzten zwei Jahren wies er immer wieder auch auf die schlechte Luft in den Schulzimmern hin. Leider folgenlos! Jetzt ist auch diese Stimme der Vernunft weg vom Bildschirm.

GESCHIEHT WAS? Wie viele Schulzimmer gibt es eigentlich? In wie vielen Schulzimmern wurde ein CO_2-Messgerät installiert? Und: Welche weitergehenden Massnahmen hat wer mit welchen Erfolgen ergriffen? Es braucht Kanton für Kanton ein Inventar.

Weil erstens: Jedes Kind ist wärmeseitig ein 25-Watt-Motörchen. 20 Kinder geben somit 500 Wattstunden an den Raum ab. Durchschnittlich. Die Dicken etwas mehr, die Schlanken etwas weniger.

Und zweitens: Jedes Kind verbraucht pro Stunde 20 Kubikmeter Luft. Wenn es draussen minus 5 Grad kalt ist, braucht das Schulzimmer zusätzlich 3 Kilowatt Heizleistung.

Und drittens: Schulzimmer werden nur während 1500 Stunden im Jahr benutzt.

Was tun, hätte der grosse russische Revolutionär Lenin gefragt. Geschieht in den kommenden zehn Monaten etwas? Wohl eher nicht.

LINK ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/skizirkus** Sportler sind nicht auf den Kopf gefallen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**

Neue Regelung bei Geschlechtseintrag: Gewerkschafter und Transaktivist Siméon Seiler (44) freut's, dass sich die Zeiten ändern:

«Mir war sofort klar: das bin ja ich!»

Schon als Kind spürt er, dass irgendwas nicht passt. Als er begreift, was los ist, will er seinen Geschlechtseintrag von Frau zu Mann anpassen lassen. Es wird ein langer Kampf. Vergleichsweise schnell folgt dann das Coming-out am Arbeitsplatz bei der Unia.

PATRICIA D'INCAU

Es gibt Momente, die das Leben für immer verändern. Für Siméon Seiler kam 2016 so ein Moment: Zum ersten Mal begegnete er damals Menschen, die weder als Frau noch als Mann leben. Sondern sogenannt non-binär* sind. «Da ist bei mir ‹z Zwänzgi abe›», erinnert sich Seiler: «Je mehr ich hörte, merkte ich: Das bin ja ich!»

Seiler ist da Anfang vierzig, und alle kennen ihn als Frau. Das ist das Geschlecht, das bei seiner Geburt eingetragen wurde. Obwohl er schon in seiner Kindheit spürte: Das stimmt so nicht. Anstatt mit anderen Mädchen identifizierte sich Seiler mit dem grösseren Bruder, trug am liebsten dessen Kleider. Damit fiel er allerdings gar nicht auf, denn: «Es waren die 1980er Jahre. Da war dieses ‹Meitli tragen rosa› und ‹Buben tragen hellblau› noch nicht so krass wie heute.» Im Jugendalter habe er sich dann schliesslich selbst nicht mehr so viele Gedanken ums Geschlecht gemacht. Auch, «weil ich einfach gar nichts wusste über das Thema».

Und doch spürte er irgendwo immer, dass etwas nicht passte. Rückblickend sagt Seiler: «Ich führte einen ständigen Kampf gegen meinen Körper. Migränen und Essstörungen. Alles Dinge, die sich um das Thema Geschlecht herumbewegen. Aber niemand konnte wirklich den Finger drauflegen.»

RIESIGE ERLEICHTERUNG

Als Seiler begreift, was los ist, geht es plötzlich schnell. Zuerst ändert er seinen Vornamen, dann beschliesst er, seinen Geschlechtseintrag offiziell anzupassen. «Mir war sofort klar: Das bin ich. Ich will das jetzt einfach durchziehen.» Am liebsten hätte Seiler zwar gar keinen Geschlechtseintrag im Pass, aber das ist in der Schweiz nicht möglich. Deshalb entscheidet er sich für «männlich», denn: «Zwischen den Polen ‹Mann› und ‹Frau› zieht es mich mindestens physisch eher in die männliche Richtung.» Am Anfang dachte Seiler, dass er das alleine schaffen könne. Doch damals entschied noch ein Gericht, ob das Geschlecht im Pass geändert werden darf. Neben dem «üblichen» psychiatrischen Gutachten verlangte der zuständige Richter eine Bestätigung des Hormonstatus. Und setzte einen Verhandlungstag an. Seiler soll vor Gericht beweisen, dass er wirklich trans** ist, und sich als Mann präsentieren. Das hätte der Richter aber gar nicht verlangen dürfen. Seiler nimmt sich eine Anwältin. Nach unendlichen Monaten hat er dann seinen neuen Geschlechtseintrag. Endlich! Auf den Anwaltskosten bleibt er allerdings weitgehend sitzen. Das war 2018.

Vier Jahre später hat sich viel verändert: Seit dem 1. Januar können Menschen wie Siméon Seiler ihren Namen und ihren Geschlechtseintrag auf dem Zivilstandsamt einfach ändern (siehe Box). «Das ist eine riesige Erleichterung für die Betroffenen!» Wobei das, was wirklich koste, geblieben sei: «Alle Ausweise neu machen: den Pass, die ID, die Bankkarten … das geht ins Geld.» Schon darum sei es lächerlich zu behaupten, dass Menschen jetzt einfach so ihr Geschlecht wechseln würden, damit sie nicht ins Militär müssten. Genau das behauptet die SVP. «Einfach Bullshit!» entfährt es Seiler. «Du streitest dich bis zur Verzweiflung mit der Krankenkasse, und nicht selten werden Menschen, die sich outen, von ihren Familien verstossen oder verlieren ihren Job. Das nimmst du nicht einfach so in Kauf!»

«Einfach so änderst du dein Geschlecht im Pass nicht!»

COMING-OUT BEI DER UNIA

Siméon Seiler kann auf sein Umfeld zählen: Alle unterstützen ihn, zuvorderst: sein Ehemann. Die beiden hatten geheiratet, als Seiler noch als Frau eingetragen war. «Hätten wir es später gemacht, hätten wir als gleichgeschlechtliches Paar gegolten und nicht mehr heiraten können.» Seiler lacht und sagt: «Da haben wir dem Staat ein kleines Schnippchen geschlagen!» Dass Seiler inzwischen als Mann eingetragen ist, ändert an der Gültigkeit der Ehe nichts.

Als er 2017 schliesslich beschliesst, sich auch am Arbeitsplatz zu outen, ist er Gewerkschaftssekretär bei der Unia Bern. Über Wochen plant er zusammen mit seinen Vorgesetzten sein Coming-out. Schliesslich schreibt Seiler einen Brief, den der Sektionsleiter ans Team schickt. «So hatte das Ganze einen offiziellen Charakter, das war wichtig», erklärt Seiler. Und er erinnert sich noch genau: «Wir hatten am Mittag einen Workshop. Ein Kollege ging nach vorne, um die Gruppenaufteilung zu machen. Und er schrieb mich mit ‹Siméon› auf, meinem neuen Namen. Ohne mit der Wimper zu zucken und nur ein paar Stunden nachdem das Team meinen Brief bekommen hatte. Das war wirklich schön!»

SCHON VIEL ERREICHT

Auch die Berner Unia-Frauen-Gruppe leitete Seiler damals weiter, die Frauen stimmten einstimmig dafür. Und später, beim Gewerkschaftsbund, organisierte Seiler den Frauenstreik 2019 mit. Für ihn sei von Anfang an klar gewesen, dass er zu dieser Bewegung dazugehöre. «Schliesslich bin ich schon lange feministisch unterwegs. Viel länger, als dass ich mich nicht mehr Frau nenne.»

Für die Trans-Community allerdings sei der Frauenstreik ein schwieriger Moment gewesen. «Ich glaube, für die meisten Frauen-Kollektive war klar, dass Transfrauen dazugehören. Aber mit non-binären Menschen oder Transmännern hätten sie wohl Schwierigkeiten gehabt.» Dabei würden die meisten Anliegen des Frauenstreiks sie genau gleich oder in der gleichen Logik treffen. «Warum sollten wir da nicht zusammen kämpfen?»

Das gleiche wünscht sich Seiler jetzt auch von den Gewerkschaften: «Mir ist schon klar, dass dieses Thema für viele neu ist. Weil sie einfach noch niemanden kennen, der trans ist.» Doch gerade von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern erwarte er die Offenheit, zu finden: «Ou, das ist zwar etwas Neues, aber gut, dann lerne ich das eben mal kennen.»

Und ja, es stimme schon, dass es hier um einen kleinen Teil der Bevölkerung gehe. «Aber nur weil wir wenige sind, heisst das ja nicht, dass wir keine Rechte haben!» Diese immer wieder einzufordern, das sei anstrengend, aber Seiler ist zuversichtlich: «Steter Tropfen höhlt den Stein. Und wir haben auch schon viel erreicht!»

TRANSAKTIVIST SIMÉON SEILER: «Mir ist schon klar, dass dieses Thema für viele neu ist. Weil sie einfach noch niemanden kennen, der trans ist.» FOTO: YOSHIKO KUSANO

Geschlecht eintragen: Jetzt endlich geht's unkompliziert!

Das eingetragene Geschlecht und den Namen anzupassen: das war für Betroffene bisher ein Spiessrutenlauf. Seit dem 1. Januar reicht dafür jetzt ein kurzer Besuch auf dem Zivilstandsamt. Kostenpunkt: 75 Franken. Damit ist das Verfahren wesentlich einfacher und unbürokratischer, als es Siméon Seiler erlebt hat (siehe Artikel). Für die Transgemeinschaft ein grosser Fortschritt.
Ein Wermutstropfen allerdings bleibt: So kann nach wie vor nur zwischen «Frau» und «Mann» gewechselt werden. Gar kein Geschlechtseintrag, wie es sich etwa non-binäre Menschen wünschen, ist in der Schweiz nach wie vor nicht möglich.
Mehr Infos und Unterstützung für Betroffene, aber auch Angehörige bietet das «Transgender Network Switzerland» (TGNS): **www.tgns.ch** (pdi)

* **non-binär:** Non-binäre Menschen wurden bei Geburt als Mädchen oder als Junge zugeordnet und fühlen sich nicht eindeutig oder nicht ausschliesslich als «Mann» oder «Frau».

** **trans:** Von «trans» sprechen wir, wenn sich eine Person einem anderen Geschlecht zugehörig fühlt als jenem, das ihr bei der Geburt gegeben wurde. Dazu gehören neben Transmännern und Transfrauen auch non-binäre Menschen.
Ein Transmann wurde bei seiner Geburt als Mädchen eingeordnet, fühlt sich aber dem männlichen Geschlecht zugehörig.
Eine Transfrau wurde bei ihrer Geburt als Junge eingeordnet, fühlt sich aber dem weiblichen Geschlecht zugehörig.

ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & das A-Bulletin

Die Briefträgerin trägt ja so allerlei Zeitungen und Zeitschriften aus. Darunter das A-Bulletin. Es war ihr von früher ein Begriff, doch hatte sie es unterdessen vergessen. Bis

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

sie es nun immer mal wieder in Händen hielt und eines Tages die Postadresse aus dem Impressum abschrieb, ein Couvert damit beschriftete, fünfzig Franken zur Abobestellung legte (was die Post ja nicht empfiehlt, Bargeld so zu verschicken …), den Umschlag zuklebte und – ab die Post.

Seither erhält sie alle vierzehn Tage das aussergewöhnliche, anachronistische und doch aktuelle «Bülltää».

Das «Bülltää» ist aussergewöhnlich anachronistisch und doch aktuell.

So um die zwanzig Seiten jeweils, gefaltet und ungeheftet. Rund acht Seiten redaktioneller Teil zu Themen, deren Aktualitätsbezug kein Aktualitätszwang ist. Geschichtliches über Partisanen und Partisaninnen in Griechenland, Fleischproduktion und Fleischkonsum, europäische Energiepolitik und das «Atom-Comeback». «Altwerden am Berg – zwischen Daheim und Heim» im Bündnerland.

ZUM BRÜLLEN. Und dann das, was das A-Bulletin erst recht einzigartig und unverwechselbar macht: «Die Beilage». Die Inserate! Zu einem grossen Teil von Hand geschrieben und verziert (manche deshalb beinahe unleserlich) sind diese «Mitteilungen» in verschiedenen Rubriken untergebracht: Wohnen / Arbeit / Ferien + Reisen / Kurse / Kauf + Verkauf / Räume / Verschiedenes / Tiere / Kontakte / Make Love. Vor allem die Rubrik «Kurse» lädt zum Staunen ein. Was da alles angeboten wird! Sagenhaft!

Das A-Bulletin sagt über sich selbst: «Das A-Bulletin ist eine Art Comic-Heft ohne Handlung. (…) Jedes Inserat eine Geschichte, mal dramatisch, mal banal, irritierend oder zum Brüllen.» Gerne würde die Briefträgerin auch den Neujahrsgruss wiedergeben, aber dafür ist kein Platz mehr. Aufs Internet verweisen? Dort gibt es das A-Bulletin nicht …

Bruna Campanello zum Tod ihres «Ziehvaters» Franz Cahannes (1951–2021)

«Franz war leidenschaftlich Gewerkschafter»

Franz Cahannes war ein 68er, Historiker und Marxist. Und schon Gewerkschafter, bevor er zu den Gewerkschaften kam. Jetzt ist der ehemalige Gewerbe-Co-Chef der Unia 70jährig gestorben. work bat seine Nachfolgerin Bruna Campanello*, ein paar Worte zu ihm zu schreiben.

EINGESPIELTES TEAM: Franz Cahannes und Bruna Campanello feierten 2018 gemeinsam den Cupsieg des FC Zürich. FOTO: ZVG

«Kennengelernt habe ich Franz 2001, als ich bei der Gewerkschaft GBI (einer Vorgängerinnen-Organisation der Unia) als Assistentin des damaligen Finanzverantwortlichen zu arbeiten begann. Franz hatte es nicht so mit der digitalen Welt. Drum war ich oft in seinem Büro, um Computerprobleme zu lösen. So kamen wir ins Gespräch. Er erzählte mir unglaublich viel über die Gewerkschaftswelt – als Historiker und mit seinem ausserordentlichen Wissen –, es waren jeweils auch Lehrstunden für mich. Er war kein Blender, in seinen Erzählungen war er sich selbst und anderen gegenüber auch immer sehr kritisch.

Beim vertragslosen Zustand in der Schreinerbranche Anfang der 2000er Jahre arbeiteten wir dann erstmals offiziell zusammen. Wir ‹stürmten› damals sogar die GAV-Verhandlungen mit den Schreinermeistern. Franz hatte immer sehr klare Ideen, wie er zu einem Ziel kommen wollte, und so trat er auch auf. Er überlegt sich gleichzeitig aber auch immer, was schieflaufen könnte. Ich habe nie erlebt, dass Franz keinen Ausweg wusste – auch in den allerschwierigsten Situationen nicht.

IMMER MITTENDRIN. *Franz war ein politischer Mensch durch und durch. Er wuchs im romanischsprachigen Danis in der Gemeinde Breil/Brigels in der Surselva auf und besuchte die Klosterschule Disentis. Nach der Matura zog es ihn nach Zürich, und er studierte Geschichte und deutsche Literatur. Rasch schloss er sich der 68er*

Ich habe nie erlebt, dass Franz keinen Ausweg wusste …

Bewegung an und wurde aktiv im Marxistischen Studentenverband. Als 1980 Zürich ‹brannte›, war Franz mittendrin. Er wurde Gründungsmitglied und Redaktor der linken Theoriezeitschrift ‹Widerspruch›. Die offene Diskussionskultur der neuen Zeitschrift goutierten nicht alle: Franz handelte sich den Ausschluss aus der Partei der Arbeit Zürich ein.

1985 kam er zur Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) in Zürich. Als junger und linker Gewerkschafter verfolgte er das Ziel einer bewegten, basisdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, die auch kämpfen kann. So wurde er Kampagnenleiter gegen die geplante Feier zum 50-Jahr-Jubiläum des Friedensabkommens. Angesichts der sich neu formierenden Arbeitskämpfe in der Schweiz forderte er einen differenzierten Umgang mit dem absoluten Arbeitsfrieden. Von 2000 bis 2004 war Franz dann GBI-Vizepräsident. Und von 2008 bis 2013 Co-Leiter des Sektors Gewerbe in der Gewerkschaft Unia.

DOSSIERSICHER. *Franz war leidenschaftlich Gewerkschafter, und er liebte seine Arbeit. Er war jeweils einer der ersten im Büro und ging meistens als letzter. Das war selbstverständlich für ihn. Nicht selten hat man ihn auch noch am Samstag oder Sonntag im Büro angetroffen.*

Er hat immer gesagt, ein Gesamtarbeitsvertrag ist nicht nur ein Büchlein, in dem die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt sind, er ist auch eine Visitenkarte für die Branche und die Gewerkschaften. Franz sah seine Arbeit nicht nur im Aushandeln eines Vertrags, sondern auch in dessen Umsetzung. Das heisst im Vertragsvollzug – von den Kontrollen der Betriebe über die Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmenden bis hin zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Er war in unzähligen Kommissionen aktiv, immer dossiersicher. Seine Fähigkeit, vernetzt zu denken und über den Tellerrand hinauszuschauen, waren grosse Stärken von ihm.

Franz liebte auch die Arbeit mit den Vertrauensleuten. Er sagte: ‹Man muss die Menschen lieben, um gute Gewerkschaftsarbeit machen zu können.› Franz konnte zuhören, engagiert diskutieren, und er scheute auch Auseinandersetzungen nicht. Für ihn war

… auch in den allerschwierigsten Situationen nicht.

niemand besser oder schlechter. Er wusste: voran geht es nur gemeinsam und auf Augenhöhe.

EIN FEINER MENSCH. *Am Silvester ist Franz im Zürcher Triemlispital friedlich eingeschlafen. Seine Frau und sein Sohn waren bei ihm. Er hinterlässt eine grosse Lücke. Sein enormes Fachwissen, sein politisch-analytisches Denken und seine gradlinige Art werden uns fehlen. Franz war eine grosse Persönlichkeit und ein feiner Mensch!»*

*Bruna Campanello (46) ist Mitglied der Unia-Geschäftsleitung und erste Frau an der Spitze des Sektors Gewerbe. Sie lebt in Zürich.

Der heutige Tag ist ein Resultat des gestrigen.
Was dieser gewollt hat, müssen wir erforschen, wenn wir zu wissen wünschen,
was jener will. (Heinrich Heine)

An Silvester kurz vor Mitternacht mussten wir Abschied nehmen von meinem geliebten Ehemann, unserm lieben Vater, Schwiegervater, Bruder, Onkel und Freund

Franz Cahannes

(26. Mai 1951 – 31. Dezember 2021)

Er war ein wundervoller Mensch, der mit grosser Überzeugung und aussergewöhnlichem Engagement als Gewerkschafter, Genossenschafter und Politiker stets die Interessen der Werktätigen verteidigte.

Er wird uns fehlen.

Gabi Einsele Cahannes
Merens Cahannes
Amelia Cahannes und Mohamed Boutelja
Elisabeth Madone Cahannes
Deborah Madone mit Eleonore, Paolo, Gabriele und Francesco
Malaika Madone
Charlie und Clara Caduff

Eine Abschiedsfeier im Zürcher «Volkshaus» wird, coronabedingt, zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

Traueradresse: Gabi Einsele, Rainstrasse 122a, 8143 Stallikon

UNIA
Die Gewerkschaft.

Bern, 7. Januar 2022

Mit tiefer Trauer nehmen wir Kenntnis vom Tod unseres geschätzten Kollegen und langjährigen Mitarbeiters

Franz Cahannes

26. Mai 1951 – 31. Dezember 2021

Ehemaliges Geschäftsleitungsmitglied der GBI
und Unia-Sektorleiter Gewerbe

Er ist am 31. Dezember 2021 verstorben. Mit Franz verlieren wir einen engagierten und allseits geschätzten Kollegen, der mit grossem Engagement die Werte unserer Gewerkschaft und die Interessen unserer Kollegen und Kolleginnen vertreten hat.

Unser Mitgefühl gilt seiner ganzen Familie, der wir unser tiefes Beileid aussprechen.

In unseren Gedanken werden wir Franz stets in guter Erinnerung behalten.

Gewerkschaft Unia
Geschäftsleitung
Kolleginnen und Kollegen

Der Abschied findet im engsten Familienkreis statt, eine Abschiedsfeier im Zürcher Volkshaus wird coronabedingt zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

Ausstellung im Alpinen Museum: Frauen am Berg

Der Platz der Frau ist oben

Der Weg der Bergsteigerinnen auf die Gipfel war steil und steinig: sie mussten einen Berg von Vorurteilen überwinden.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Das hellblaue T-Shirt sticht sofort ins Auge. Der Aufdruck: ein Berg. Die Aufschrift: «A woman's place is on top» (Der Platz der Frau ist oben). Das T-Shirt trug einst die Berner Alpinistin Heidi Lüdi, die es auf die Spitzen trieb: Sie gehörte in den 1970er Jahren zu den ersten Frauenseilschaften, die am Himalaya die höchsten Gipfel der Welt bezwangen.

Zu sehen ist das Oberteil in der interaktiven und packenden Ausstellung «Fundbüro Nr. 2: Frauen am Berg» des Alpinen Museums in Bern. Das Schaulager lädt dazu ein, in eleganten Hüten, samtenen Skihosen, Daunenfinken und Tourenbüchern aus über 100 Jahren Berggeschichte herumzustöbern. Anzutreffen sind auch viele Besitzerinnen der Objekte, zumindest per Video. So erzählt Bergsteigerin Lüdi: «Ich habe mit vielen Männern gestritten, die gesagt haben, Frauen hätten im Gebirge nichts verloren. Und viele Männer mussten sich rechtfertigen, wenn sie mit mir unterwegs waren.»

«Ab einer gewissen Höhe hat es für Frauen nicht mehr viel Platz.»
BERGSTEIGERIN MARTINA-SOFIE WILDBERGER

Seit den Anfängen des Bergsports in der Mitte des 19. Jahrhunderts hatten Frauen mit vielen Vorurteilen zu kämpfen. Frauen am Berg galten als unschicklich, als zu schwach und zu ängstlich. Dabei bewegten sie sich ebenso virtuos wie die Männer über Schnee und Fels. Und nicht minder begeistert. So schrieb Martha M. 1930, dass «Juchzen und Freudenschreie ertönten», als ihre Gruppe nach dem steilen Aufstieg ein Schneefeld erreichte.

REIFROCK UND PINKEL-HOSE

Doch in den historischen Sammlungen sucht man die Spuren von Alpinistinnen fast vergebens. Auf alten Fotos sind zwar Frauen zu sehen, bleiben aber namenlose Begleiterscheinungen. Das Alpine Museum besitzt eine Sammlung von 340 alpinistischen Kleidungsstücken, aber gerade mal 77 davon sind von Frauen.

Dabei widerspiegelt die Kleidung die Geschichte der Frauen am Berg. Über viele Jahre war bereits die Kleidernorm ein Hindernis auf dem Weg zum Gipfel. Die Herausforderung bestand darin, im Reifrock und Strohhütchen auch beim Bergsteigen ganz Dame zu bleiben. Heute boomt die Outdoor-Bekleidung auch für Frauen. Doch ein Problem blieb ungelöst, bis die Alpinistin und Künstlerin Martina-Sofie Wildberger die «P-Pants» erfand, die Pinkel-Hose für Frauen. Im Video erklärt sie: «Wenn eine Frau sagt, sie müsse mal, geht immer ein widerwilliges Raunen durch die Seilschaft.» Das wollte sie ändern und hat die Hose mit durchgehendem Reissverschluss im Schritt erschaffen. Für Wildberger ist klar, bei der Gleichberechtigung hat es im Bergsport noch Luft nach oben: «Es beginnt schon bei der Ankunft in der Hütte. Finken in kleineren Grössen sind Mangelware.» Und ab einer gewissen Höhe habe es in den Bergen nicht mehr viel Platz für Frauen. Deshalb sei es für sie wichtig, auch auf dem Berg feministische Themen zu diskutieren.

REINER MÄNNERCLUB

In der Tat schloss der Schweizer Alpinismus die Frauen jahrelang systematisch aus: 1907 beschloss der Schweizer Alpenclub (SAC), zum reinen Männerclub zu werden. Darauf gründete eine Gruppe engagierter Genferinnen 1918 den ersten Schweizer Frauen-Alpen-Club (SFAC). Es dauerte über 60 Jahre, bis die Clubs wieder fusionierten. Erst 1986 wurde mit Nicole Niquille die erste Frau Bergführerin. Noch heute stehen aber 1492 Bergführern nur 42 Bergführerinnen gegenüber.

Und wie offen und divers wird der Bergsport in Zukunft sein? Katherine Choong, Mitglied der Schweizer Nationalmannschaft im Sportklettern, fühlt sich als Frau nicht benachteiligt, nur manchmal etwas zu sehr beachtet. Aber auch ihr ist aufgefallen: «Wenn viele Frauen eine sehr schwierige Route geklettert sind, wird diese oft abgewertet, am Schwierigkeitsgrad gezweifelt.» Und gänzlich neue Wege geht Amaruta Wyssman, deren Kletterfinken im Fundbüro zu sehen sind. Sie ist eine Pionierin unserer Zeit. Seit ihrer Geburt fehlt ihr ein Unterarm. Doch das ist für sie kein Hindernis, als einzige Athletin im nationalen Paraclimbing-Team für die WM 2023 in Bern zu trainieren.

Ausstellung im Alpinen Museum, Fundbüro der Erinnerungen Nr. 2: **Frauen am Berg.** Bis Oktober 2023. Es können auch weiterhin Fundstücke abgegeben werden.

PURE FREUDE: Bergsteigerin in den 1980er Jahren.
FOTO: DÖLF REIST / ALPINES MUSEUM DER SCHWEIZ

PURER STOLZ: Bergsteigerinnen des SFAC Jorat BE, 1927.
FOTO: UNBEKANNT / ALPINES MUSEUM DER SCHWEIZ

PURE LUST: Eva Isenschmid und Heidi Lüdi am Camp International Pamir, 1974. FOTO: UNBEKANNT / ALPINES MUSEUM DER SCHWEIZ

Solothurner Filmtage

Alte Streiks und neue Baustellen

Seit Corona finden die 57. Solothurner Filmtage erstmals wieder vor Ort statt, selbstverständlich mit den nötigen Schutzmassnahmen. Von den 78 gezeigten Filmen stammen 32 aus der Romandie. Über die Hälfte der Filme wurden von Frauen produziert. So etwa «Cerizay» (1971) von Cristina Perincioli. Darin trifft das Videokollektiv «Les Cent Fleurs» auf Textilarbeiterinnen, die für bessere Arbeitsbedingungen streiken und ihre eigenen revolutionären Lieder singen. Zwischen Solidarität und Misstrauen kommentieren die Einwohnerinnen und Einwohner von Cerizay diesen Streik (Vorstellung: 23. 1., 12.15 Uhr).

Aus der Romandie stammt der Dok-Film «A ciel ouvert» von Charlie Petersmann. Er blickt hinter die Kulissen einer Grossbaustelle in der Westschweiz. Von der Entwicklung dieses Megaprojekts bis hin zur Zerbrechlichkeit des Lebens erforscht der Film, was es bedeutet, in der heutigen Gesellschaft als «Mann» in einem Arbeitermilieu zu sein (Vorstellung: 24. 1., 17.30 Uhr).

Zudem feiern in Solothurn frisch digitalisierte alte Schweizer Filme ihre digitale Vorpremiere: Darunter «Vollmond», «Tanz der blauen Vögel» oder «Magic Matterhorn». Digitalisiert wurden sie von «filmo». Das Projekt ist eine Initiative der Solothurner Filmtage und will das Schweizer Film-Erbe vor dem Zerfall retten und einem jüngeren Publikum zugänglich machen.

Solothurner Filmtage, 19.–26. Januar 2022, Infos unter: **solothurnerfilmtage.ch.**

Ausstellung

Weg aus der Schweiz

Europa lässt Migrantinnen und Migranten im Mittelmeer ertrinken und in Lagern darben. Wer in der Schweiz denkt, Migrationsströme hätten nichts mit uns zu tun, verdrängt ein Stück Schweizer Geschichte. Denn bis ins 20. Jahrhundert war die Schweiz ein Auswanderungsland. Noch vor wenigen Generationen emigrierten Schweizerinnen und Schweizer nach Frankreich, Brasilien oder in die USA, aus purer Verzweiflung, weil sie nicht wussten wovon sie leben sollten: als «Wirtschaftsflüchtlinge» jener Zeit. Das Landesmuseum in Zürich präsentiert jetzt eine Ausstellung wider das Vergessen. «Weg aus der Schweiz» zeigt mitreissende Geschichten von Frauen, Männern und Familien, die ihr Glück in der Ferne suchen mussten. Auswanderung ist aber auch heute noch ein Thema. Zurzeit leben rund 800 000 Schweizerinnen und Schweizer im Ausland. Sie werden oft als fünfte Schweiz bezeichnet und sind ebenfalls Teil der Schau.

Ausstellung im Landesmuseum Zürich: **Weg aus der Schweiz. Auswanderungsgeschichten seit 1848.** 7. Januar bis 24. April 2022. Infos unter: **landesmuseum.ch**

work 1x1 der wirtschaft

David Gallusser

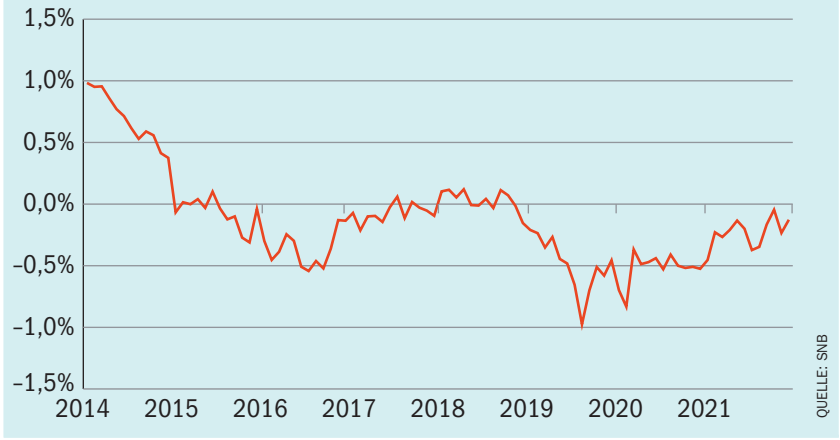
DER BUND SOLL JETZT INVESTIEREN, NICHT SCHULDEN TILGEN

Die Corona-Pandemie hinterlässt in den Finanzen des Bundes deutliche Spuren. Kurzarbeit und andere Stützungsprogramme, aber auch die flächendeckenden Tests führen voraussichtlich bis Ende 2022 zu 26 Milliarden Franken neuen Schulden. Der Bundesrat will mindestens die Hälfte dieser Schulden mit Überschüssen und mit Gewinnen der Nationalbank abbauen. Das mag angesichts des hohen Betrags nach einer guten Idee klingen. Nötig oder gar vernünftig ist es nicht.

TRAGBARE SCHULDEN. Zunächst einmal sind die Corona-Schulden für den Bund problemlos tragbar. Im Verhältnis zur Schweizer Wirtschaftsleistung machen sie nur 3,5 Prozent aus. Auch türmen sich die neuen Schulden nicht auf einem riesigen Berg von Altlasten. Die öffentlichen Schulden insgesamt liegen neu nur bei rund einem Drittel der Wirtschaftsleistung. Das ist weit weniger als in den meisten anderen Ländern. Entscheidender als die Höhe der Staatsschulden sind ohnehin die Zinsen. Problematisch wird es, wenn diese höher liegen als das Wirtschaftswachstum. Dann müssten wir immer mehr von unserem Einkommen für Zinszahlungen aufwenden. Derzeit ist das Gegenteil der Fall. Die Zinsen sind sehr tief. Der Bund nimmt nach wie vor Geld zu negativen Zinsen auf. Sprich: Wenn er heute Geld ausleiht, muss er in Zukunft weniger zurückzahlen.
Dank den tiefen Zinsen sind aber nicht nur die Schulden tragbar, sondern auch Investitionen besonders attraktiv. Bekanntlich können Investitionen von heute den Wohlstand von morgen erhöhen. Deshalb ist es immer dann vernünftig, Schulden zur Finanzierung von Investitionen aufzunehmen, wenn die künftigen Erträge höher sind als die heutigen Zinsen.

VERNÜNFTIG. Möglichkeiten für öffentliche Investitionen, die Erträge versprechen und Schulden rechtfertigen würden, gäbe es genug. Besonders die Energiewende und die Bekämpfung der Klimaerwärmung haben einen grossen Finanzierungsbedarf. Noch unvernünftiger, als keine Schulden zu machen, ist es deshalb, jetzt Einnahmen in den Schuldenabbau zu stecken, wie es der Bundesrat vorsieht.

Negative Zinsen: attraktive Investitionen
Durchschnittliche Rendite auf 10jährigen Anleihen des Bundes pro Monat, in Prozent



Das Geld könnte stattdessen direkt die nötigen Investitionen decken – und auf den bestehenden Schulden würde man weiterhin Negativzinsen erhalten.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

Das offene Ohr

David Aeby
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Schwangerschaft: Muss ich trotzdem Überstunden leisten?

Ich arbeite als Lagermitarbeiterin in der Lebensmittelbranche. Wir haben derzeit sehr viel Arbeit, weshalb wir Überstunden leisten müssen. Ich bin schwanger und vermag deshalb schon kaum mein normales Arbeitspensum zu leisten. Muss ich auch Überstunden machen?

DAVID AEBY: Nein. Eine ungünstige Arbeitsumgebung wirkt sich über die Mutter auch auf das Kind aus und kann seine Gesundheit und sein Wohlbefinden mit beeinträchtigen. Das trifft im besonderen Mass auch auf die Gestaltung der Arbeitsorganisation und die Strukturierung der Arbeitszeit zu. Das Arbeitsgesetz enthält eine entsprechende Schutzbestimmung für Schwangere, die

MUTTERSCHUTZ: Schwangere dürfen maximal 9 Stunden pro Tag arbeiten. FOTO: ISTOCK

in der dazugehörigen Verordnung präzisiert wird. Die tägliche Arbeit ist auf die vereinbarte ordentliche Dauer zu beschränken, also auf das im Arbeitsvertrag vereinbarte Pensum. Schwangere und stillende Frauen dürfen nicht über das vor der Schwangerschaft vereinbarte Mass hinaus beschäftigt werden. Zudem gilt eine Maximalbelastung: Mehr als neun Stunden pro Tag dürfen Schwangere und Stillende nicht arbeiten. Ist eine höhere tägliche Arbeitszeit vereinbart worden, so ist diese auf neun Stunden zu reduzieren. Es dürfen auch in Ausnahmesituationen keine Zusatzarbeiten verlangt werden, die über diese neun Stunden hinausgehen.

Ferien oder Krankheit: Nur Anspruch auf den Grundlohn?

Ich arbeite als Verkäufer in einem kleinen Geschäft. Ich habe pro Monat einen Grundlohn von Fr. 3500.– und erhalte zusätzlich zwischen Fr. 500.– und 1000.– Leistungslohn dazu. Ich war zwei Wochen in den Ferien und habe auf der Lohnabrechnung festgestellt, dass mir für diese Zeit nur der Grundlohn ausbezahlt wurde. Ist diese Vorgehensweise korrekt?

DAVID AEBY: Nein. Die Arbeitnehmenden dürfen während der Ferien finanziell nicht schlechtergestellt werden, als wenn sie arbeiten würden. Die monatliche finanzielle Belastung nimmt durch die Ferienabwesenheit am Arbeitsplatz nämlich nicht ab. Das heisst, dass sich der Ferienlohn aus Grundlohn und den Zulagen, die bis anhin regelmässig ausbezahlt wurden, zusammensetzt. Während der Ferien ist also der Grundlohn plus der durchschnittliche Leistungslohn aus den letzten Monaten geschuldet. Nebst dem Leistungslohn müssen auch noch Kinder- und Schichtzulagen im Ferienlohn berücksichtigt werden. Auch wer infolge Krankheit oder Unfall arbeitsunfähig ist, darf im Grundsatz finanziell nicht schlechtergestellt werden, als wenn er oder sie gearbeitet hätte. Auch da ist das Krankentaggeld auf Basis des Grundlohnes plus aller Zuschläge zu berechnen. Es wird aber im Normalfall dennoch etwas tiefer ausfallen als der Lohn während der Ferien, da viele Arbeitgeber eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen haben, die nur 80 Prozent des Lohnausfalls deckt.

So schlagen Sie dem Januarloch ein Schnippchen

Sparen Sie schlau, dann tut es nicht weh

Gerade gegen Ende Januar wird das Geld gern mal knapp. Ein guter Moment, um sich zu fragen, wo sich an den Ausgaben sparen lässt. Hier die Tipps von work.

MARTIN JAKOB

Wohnen: Die Miete ist ein unflexibler Budgetposten. Stellen Sie aber sicher, dass Ihr Mietpreis an den aktuellen Referenzzinssatz von 1,25 Prozent angepasst ist. Basiert Ihr Mietvertrag noch auf einem höheren Satz, sollten Sie die Senkung verlangen. Wie das geht, stand im work **(rebrand.ly/mietzinsminus).** Sparen lässt sich in jedem Fall bei den Nebenkosten, indem Sie den Energie- und Wasserverbrauch senken. Also zum Beispiel Kochen immer mit Deckel, alle Leuchten auf LED umstellen, bei Duschbrausen und Wasserhähnen Spareinsätze verwenden, Waschen und Geschirrspülen möglichst oft zum Niedrigtarif, die Raumtemperatur auf 18 Grad (Schlafräume) und 20 bis 21 Grad (Wohnzimmer) einstellen und kurz stosslüften statt übers Kippfenster dauerlüften. Eine Menge guter Energiespartipps finden Sie hier: **rebrand.ly/energiespartipps.** Die Information, zu welchen Zeiten Sie Strom zum Niedrigtarif beziehen, erhalten Sie vom Stromlieferanten. Bei konsequenter Anwendung der Spartipps sinken die Energiekosten schnell um mehrere Hundert Franken pro Jahr!

Im Haushalt lässt sich viel Energie ohne Komfortverlust sparen.

Gesundheit: Schweizer Haushalte wenden rund jeden zehnten Franken für ihre Gesundheit auf, bei Haushalten mit tiefen Einkommen ist der Anteil sogar deutlich höher. Der grösste Spareffekt lässt sich mit dem Wechsel zu einer günstigeren Krankenkasse erzielen. Fürs Jahr 2022 ist der Zug bei den meisten abgefahren, denn eine Kündigung der Grundversicherung ist in der Regel erst auf Ende Jahr möglich. Wenn Sie allerdings im Moment im Standardmodell mit freier Arztwahl und 300 Franken Franchise versichert sind, können Sie auch Ende März auf Mitte Jahr kündigen und wechseln. Ebenso können Sie, falls Sie zurzeit die 300-Franken-Franchise gewählt haben, bei der bestehenden Krankenkasse jederzeit auf ein preisgünstigeres Modell mit eingeschränkter Arztwahl wechseln – und damit bis zu 25 Prozent Prämie sparen. Ausserdem: Fragen Sie bei verschriebenen und selbst eingekauften Medikamenten nach Generika. Die sind im Mittel dreissig Prozent günstiger, enthalten aber die gleichen Wirkstoffe wie das Originalmedikament.

Ernährung, Haushalt, Kleider: Nutzen Sie Preisaktionen konsequent und planmässig – aber lassen Sie sich nicht zu unnötigen Käufen verleiten. Gibt's zum Beispiel das zweite Päckli Fleischkäse zum halben Preis, aber Sie brauchen nur eines, dann lassen Sie das zweite einfach liegen. Schlagen Sie aber zu bei Aktionen von länger haltbaren Produkten und decken Sie sich so ein, dass es bis zur nächsten Aktion reicht. Produkte wie WC-Papier, Kaffee, Waschmittel und Artikel zur Körperpflege können Sie mit gutem Timing das ganze Jahr über zum Aktionspreis beziehen. Alle Wochenaktionen von neun Grossverteilern finden Sie auf der Website **aktionis.ch.**

Bei Haushaltgeräten aller Art gilt oft, dass das neueste Modell das teuerste ist, der kaum schlechtere Vorgänger aber mit Preisnachlass verkauft wird – meistens ein guter Deal. Und bei Kleidern kommt preiswert zu guter Qualität, wer auf angesagte «Brands» verzichten kann. Dort ist im Preis nämlich ein happiger Aufschlag für die teure Werbung enthalten.

Versicherungen: Michael Kuhn, Finanzexperte beim Vergleichsdienst Comparis, rät, das gesamte Portfolio kostenpflichtiger Verträge einmal jährlich zu prüfen. «Ich nenne das den finanziellen Frühlingsputz», sagt er. Versicherungen sind ein wichtiger Bestandteil dieser vertraglich fixierten, wiederkehrenden Kosten. Die Verträge von Zusatzversicherungen zur Grundversicherung der Krankenkasse, Haft- und Hausratversicherungen, Auto- und Reiseversicherungen erneuern sich jedes Jahr automatisch – notieren Sie sich jetzt die Kündigungstermine! Drei Punkte lohnt es sich zu prüfen. Erstens: Sind Sie für manche Risiken überversichert? Zweitens: Brauchen Sie die Versicherung überhaupt noch? Drittens: Ist die gleiche Leistung mittlerweile günstiger zu haben? «Wir haben zum Beispiel festgestellt, dass das Preisniveau der Autoversicherungen 2021 gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozent gesunken ist», sagt Michael Kuhn: «Im Dreijahresvergleich sind es sogar 17 Prozent.»

GUT GESPART: Clever einkaufen und wiederkehrende Ausgaben regelmässig überprüfen – es ist gar nicht so schwer, im Haushalt zu sparen, ohne zu knausern. FOTO: ADOBE STOCK

WORKTIPP

SO VERGLEICHEN SIE PREISE

Für die gängigsten Versicherungen, Bankkonti, Kredite und Kreditkarten sowie Telefon- und Internetabos können Sie sich auf einem Vergleichsportal einen Überblick über das aktuelle Angebot verschaffen. Die bekanntesten Schweizer Portale sind **comparis.ch, moneyland.ch** und **bonus.ch.**

Telekommunikation: Auch hier gilt die Empfehlung vom jährlichen «Frühlingsputz». Denn Internet, Telefon, Smartphone sowie Fernsehen und Radio summieren sich zu einem ansehnlichen Budgetposten. Die wichtigsten Grundsätze: Wählen Sie Verträge, die Ihrem effektiven Bedarf entsprechen, und abonnieren Sie nicht Leistungen auf Vorrat. Kombinieren Sie nicht die Ratenzahlung fürs Smartphone mit dem Abo – Sie bleiben für die ganze Zeit des Abstotterns an den Verkäufer gebunden. Und seien Sie skeptisch bei vermeintlich grosszügigen Kombirabatten: Oft sind darin Leistungen enthalten, die Sie gar nicht benötigen. Sehen Sie in jedem Fall von Zeit zu Zeit nach, welche Tarifmodelle Ihr Internet- und Handy-Provider sowie Mitbewerber aktuell anbieten. Denn die Preise haben sinkende Tendenz.

Prüfen Sie regelmässig Versicherungen, Handy- und Internetabos.

Verkehr: Auf ÖV und Velo umzusteigen, statt ein eigenes Auto zu fahren, wäre der ultimative Spartipp. Doch dieser Beitrag soll kein Umerziehungsprogramm sein, sondern Ihnen helfen zu sparen, ohne auf Dinge zu verzichten, die Ihnen wichtig sind. Zum Auto deshalb nur diesen Tipp: Gehen Sie vom Gasfuss! Mit zurückhaltender Fahrweise lassen sich gemäss TCS bis zu 30 Prozent Kraftstoff sparen. Was bei einem Mittelklassewagen mit 15 000 Kilometern jährlicher Fahrleistung schnell über 500 Franken Einsparung bedeutet.

NÜTZLICH, SO EIN HAUSHALTSBUDGET

SOLL UND HABEN

«Ach, wo ist bloss das Geld wieder hin?» Wenn Sie sich diese Frage öfter stellen, sollten Sie der Sache mal auf den Grund gehen. Dazu stellen Sie Ihre wiederkehrenden Zahlungsverpflichtungen wie Miete, Steuern, Versicherungsprämien und Abonnemente zusammen und verschaffen sich einen Überblick über Ihre laufenden Ausgaben für Essen und Getränke, Kleider, Coiffeur, Ausgang, auswärtige Verpflegung, Benzin und anderes. Dazu sammeln Sie mindestens einen Monat lang alle Kassenzettel oder notieren sich die Auslagen in einem «Milchbüechli». Auch Kontoauszüge helfen. Philipp Frei, Geschäftsführer des Dachverbands Budgetberatung Schweiz, sagt: «Oft ist das Staunen dann gross, dass sich vermeintlich kleine Dinge wie der tägliche Coffee-to-go auf dem Arbeitsweg in einem Monat zu einem ansehnlichen Betrag summieren.»

EIN POLSTER BILDEN. Haben Sie sich einen Überblick über Ihre Ausgaben verschafft, lässt sich ein Budget erstellen. Das Ziel lautet, Einnahmen und Ausgaben dauerhaft ins Lot zu bringen, ausreichende Rückstellungen für nicht monatliche Ausgaben wie etwa Steuern und Autoversicherung zu bilden – und ein Sicherheitspolster anzusparen. «Ein bis zwei Monatslöhne sollten es schon sein», empfiehlt Philipp Frei. Und schliesslich: Ein Budget sollte erstens realistisch sein und zweitens eingehalten werden. Als Hilfsmittel gibt's die praktische, kostenlose «BudgetApp» vom Dachverband Budgetberatung Schweiz, auf dessen Website auch die ihm angeschlossenen Budgetberatungsstellen aufgelistet sind **(budgetberatung.ch).** (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

ICH BIN AUCH EIN FOTOAPPARAT. Höherpreisige Smartphones warten auch mit qualitativ hochwertigen Kameras und einer guten Bilddarstellung auf. FOTO: APPLE

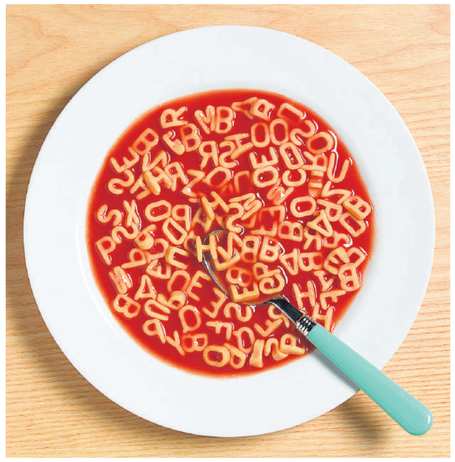
Gestochen scharfe Bilder mit dem Handy

Viele Hersteller werben mit einer astronomisch hohen Pixelzahl für ihre Handykameras. Davon sollte man sich aber nicht blenden lassen. Zwölf Megapixel ist ein guter Wert für Handykameras. Viele Hersteller kommen zudem nur mit einem Rechentrick auf riesige Pixelzahlen. Tatsächlich sind für ein gutes Foto aber nicht nur die Megapixel von Bedeutung, sondern zum Beispiel auch die Grösse des eingebauten Bildsensors. Ob man damit aber passable oder sogar sehr gute Fotos schiessen kann, bringt erst ein Test ans Licht.

Die grosse Pixelmenge allein sorgt noch nicht für gute Fotos.

MEHRERE OBJEKTIVE. Immer öfter enthalten Smartphones nicht nur eine, sondern gleich mehrere Kameras. Eine für Teleaufnahmen, um entfernte Objekte heranzuzoomen, eine für Weitwinkelaufnahmen und eine weitere oder mehrere Kameras, die den Bildbereich dazwischen abdecken. Das führt zu deutlich besseren Bildern als bei Smartphones mit nur einer Kamera. Grund: Je nach gewünschtem Zoom wählt das Handy die passende Kamera aus. Hobbyfotografen haben so mehr Gestaltungsmöglichkeiten.

BRILLANTE DISPLAYS. Je nach Handy unterscheiden sich nicht nur die Kameras, sondern auch die Bildschirmanzeigen. So wirbt Apple etwa für den «Super Retina XDR Display» des iPhone 13. Rein technisch handelt es sich dabei um ein sogenanntes OLED-Display. Diese Technik bietet tatsächlich gute Bildqualität, ist jedoch bei den meisten Handys eingebaut. Noch besser sind sogenannte AMOLED-Bildschirme. Ihre Farben wirken satter und die Kontraste stärker. Vergleichsweise schlechter sind LCD-Displays. Das ist die älteste Technik. Heute findet man sie vor allem in günstigen Handys. Sie braucht mehr Strom als moderne Technik. MARC MAIR-NOACK



ICH SEH NUR SUPPE! Auch noch im Erwachsenenalter lohnt es sich, Defizite im Lesen und Schreiben zu beheben. FOTO: GETTY

Kurse für Erwachsene: So lassen sich Defizite bei den Grundkompetenzen beheben

Sicher sein beim Lesen, Schreiben, Rechnen

Zur Schule gingen wir alle. Manchmal bleiben aber Lücken, die im Erwachsenenalter richtig lästig werden.

MARTIN JAKOB

Fritz* hat Maurer gelernt, brachte es danach im Tunnelbau zum Polier. Dann zwang den 39jährigen Berner eine Berufskrankheit zur IV-Umschulung – in einen Job, der ihm körperlich weniger abverlangt, dafür aber mit Büroarbeiten verbunden ist. Er sagt: «Lesen und Schreiben war in der Schule nie mein Fach, ich fühlte mich deshalb unsicher.» Also schrieb sich Fritz in einen Lesen-und-Schreiben-Kurs ein und investierte ein Jahr lang jede Woche einen Abend, um sicherer zu werden in Grammatik und Orthographie, um seinen Wortschatz zu verbessern und um flüssiger lesen zu können. «Im mündlichen Ausdruck war ich schon immer recht wortgewandt. Aber im schriftlichen hat mir der Kurs extrem viel gebracht», zieht Fritz Bilanz, «mit zunehmender Übung kommen die Erfolgserlebnisse!»

WEIT VERBREITET. Schwächen in den Grundkompetenzen Lesen und Schreiben sowie im Rechnen und bei den Computerkenntnissen sind auch in der Schweiz verbreitet. Rund 800 000 Erwachsene können nicht fliessend schreiben und lesen und haben Mühe mit dem Textverständnis. Mehr als 400 000 Erwachsene haben Schwierigkeiten mit einfacher Mathematik im Alltag. Und etwa ein Viertel der Bevölkerung hat nur geringe oder gar keine digitalen Grundkenntnisse. Derartige Lücken erschweren nicht nur die Alltagsbewältigung, sie sind oft auch im Berufsleben hinderlich. Denn in kaum einem Job kommt man mittlerweile darum herum, zumindest ab und zu Formulare auszufüllen oder einen Computer zu bedienen.

Auf «besser-jetzt.ch» finden Sie passende Schulungsangebote.

Das gilt auch für Badmeister Stefan*, 53: «Ich muss Fachberichte lesen, Arbeitsabläufe schriftlich festhalten und protokolliere Sitzungen.» Stefan hat deshalb in Kursen gelernt, schnell und flüssig zu lesen, und er hat Sicherheit im schriftlichen Ausdruck gewonnen. Genau wie Seniorenbetreuerin Brigitte*, 52, die vor etwa 20 Jahren, als die Handys SMS-tauglich wurden, einen ersten Schreibkurs belegte und vor ein paar Jahren einen Aufbaukurs nachschob. «Ich habe inzwischen Freude am Schreiben, und im Kurs konnte ich tolle Bekanntschaften schliessen.»

BESSER JETZT. Sich als erwachsene Person einzugestehen, dass man in einem Grundschulfach Schwächen hat, ist nicht einfach. Falsche Scham verleitet dazu, sich mit Tricks und Verlegenheitslösungen durchzuwursteln. Besser ist, sich dem Problem zu stellen und möglichst bald aktiv zu werden. Dazu haben die Interkantonale Konferenz für Weiterbildung (IKW) und der Schweizer Dachverband Lesen und Schreiben eine Internetplattform aufgebaut, auf der die passenden Schulungsangebote zu finden sind. Nicht zufällig heisst sie **besser-jetzt.ch.**

Die Suche lässt sich nach Kantonen und Themen filtern, und für individuelle Beratung steht eine Hotline zur Verfügung (0800 47 47 47). Die Kursangebote sind durchweg preiswert, je nachdem werden die Kosten vom RAV oder vom Sozialdienst übernommen.

* Die vollen Namen sind der Redaktion bekannt.

MOVENDO-KURSE

VOM WORT ZU WORD

Für alle, die über gute Grundfertigkeiten in deutscher Sprache und über Basiskenntnisse in der Handhabung eines Computers verfügen, bietet Movendo jedes Jahr attraktive Weiterbildungen. 2022 etwa mit den Kursen «Schreiben leicht(er) gemacht», «Kreatives Schreiben» sowie mit Einstiegs- und Aufbaukursen für MS Office und die Schreib- und Kalkulationsprogramme Word, Excel und Powerpoint. Sie wissen ja: Als Unia-Mitglied haben Sie jedes Jahr einen Kurs kostenlos zugute. **movendo.ch**

Wollen Sie's genau wissen?

Die IV – einfach erklärt

Gesetze und Verordnungen sind eine sperrige Lektüre. Das weiss auch Bundesbern und macht's dem Volk etwas einfacher: mit Infobroschüren.

Die Invalidenversicherung startet mit einigen Neuerungen wie dem stufenlosen Rentensystem ins neue Jahr (work berichtete am 19. November). Deshalb hat das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) nun auch die Infobroschüre «Die schweizerische Invalidität sorgt» neu aufgelegt. Auf rund 50 Seiten ist dargelegt, welchen Regeln die IV folgt, welche Leistungen sie erbringt und wie das System IV mit anderen Versicherungen zusammenspielt.

Die Broschüren über IV, AHV und EL sind gratis erhältlich.

Zwar mag man darüber streiten, ob die IV-Gesetze und die geübte Praxis in allen Teilen über alle Zweifel erhaben seien. Qualitativ sind die Infobroschüren des BSV aber zweifellos gut: Klar im Aufbau und gemessen am komplizierten Stoff gut verständlich. Das gilt auch für die Broschüren zur AHV und zu den Ergänzungsleistungen aus der gleichen Reihe. Alle drei Broschüren sind in Deutsch, Französisch und Italienisch erhältlich, lassen sich gratis bestellen oder gleich auf der BSV-Website als PDF downloaden **(rebrand.ly/infobrosch).** (jk)

workrätsel Gewinnen Sie eine Hotelübernachtung!

Für die schönste Zeit des Jahres: Winterferien im Hotel Belvedere in Grindelwald! Geniessen Sie die Entspannung im Sole-Whirlpool im Garten, das feine Essen, die kreativen Cocktails und natürlich die Aussicht auf den Eiger: www.belvedere-grindelwald.ch

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 21
Das Lösungswort lautete: ADVENTSKRANZ

	O	F				H	C					U		E						
	D	I	E	S	M	A	L		H	E	S	S		K	E	R	Z	E		
	E	R		E		L	A	M	E	T	T	A		Z		I	A	H		
	O	M	I	K	R	O	N		X		E		T	E	U	E	R			
U	N	A	R	T		G		L	E	G	I	T	I	M		G		B		
			B		G	E	B	A	R	E	N		M		V	E	T	O		
	W	E	I	S	E	N		U		T		R	E	S	O	L	U	T		
N	O	B	S		G		S	C	H	A	D	E	N		L		E	I		
		O		B	E	G	E	H	E	N		M		S	T	E	R	N		
	K	O	K	O	N		N		F		C	I	R	C	A		K			
S	R	K		U		S	A	F	T	L	O	S		H		M	I	R		
	I		B	R	O	E	T	L	I		R		S	I	R	E	N	E		
	P	A	A	R		N		I		R	O	Y	A	L		T		N		
	P		L	E	B	K	U	C	H	E	N		A	D	V	E	N	T		
V	E	R	G	E	B	E	N	S		H	A	L	L		D	O	G	E		

DEN PREIS, ein von Wagner AG offeriertes Apple iPad, hat gewonnen: Josette Looser-Probst, Salmsach TG Herzlichen Glückwunsch!

flüssig. Gestein im Erdinnern			islam. Name für Gott	Buch der Bibel	schweiz. Dichter u. Maler †			Internetbegriff (engl.)	Bärenart, Bambusbär	Nachfolgerin der EG	balt. Osteuropäerin		Männername		in Bewegung, tätig	Verbrecher, Delinquent	starker Zweig	ital. Tonbez. für das D
betagte Menschen					Keimzelle			Adelstitel in England					Fussball-WM 2022 findet dort statt					
Autokz. Kanton Glarus			Erdzeitalter		südafrik. Laufvogel								Spielstein beim Schach		german. Gottheit			
einfacher Seemann								britann. Sagenkönig		elektron. Bauelement		Lendenstück v. Rind						dünne Omelette
					Grossstadt im Piemont		chem. Zusatz								schweiz. Kabarettist (Andreas)		schwarzweisse Rabenvögel	
«Linke»-Politikerin (... Wagenknecht)	US-Soldat (ugs.)	erneutes Mischen e. Aufnahme		Gebiet, Gelände								gekrümmte Linie		Kohleprodukt				
künstlerische Fräsung						Stadt im Kt. SO			US-Bundesstaat		Kanonenkönig †							
				Stadt im Kanton Wallis		draussen (engl.)								Unerbittlichkeit, Strenge		schweiz. Partei		
jenes hier	schweiz. General † 1960 (Henri)		Gewässer bei Einsiedeln								Deutung		am jetzigen Tag					
schweiz. Skirennfahrerin (Mich.)						weibl. Wildschwein		Giftschlangenfresser		nicht verboten						Tintenfischfarbstoff		Kerbtiere, Insekten
			Ballettröckchen		mit Farbe versehen								Gewicht der Verpackung		Abk.: Schweiz. Rotes Kreuz			
lustiger Streich, Spass		Wundstarrkrampf								Binnengewässer		Augenflüssigkeit (Ez.)						
Abdruck von Rädern					Datenträger		zwecks		Speisenbeilage						senegal. Musiker (Ismael)		sächl. Fürwort	
Luftreifen		Kultserie des SRF										Bildhauerarbeit						
				Protestmarsch (Kw.)					circa, ungefähr					Wasserstelle in der Wüste				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 28. Januar 2022

INSERAT

Schlaue Füchse – dank dem Bildungsangebot der Unia.

Gewerkschaftlich, beruflich oder sprachlich: Wir unterstützen deine Bildung finanziell.

Melde dich jetzt für die neuen Kurse an.

UNIA

WORKLESERFOTO

Knackig klirrende Kälte

WANN 18. Dezember 2021
WO Riffenmatt BE
WAS Baum mit Raureif
Eingesandt von Stefan Egger, Schmitten FR

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

WORK 20 / 3.12.2021:
KRAWATTENVERBÄNDE MIT 1 BIS 2 DAMEN

Gucci-Kleid oder Krawatte?

Um es vorweg zu sagen: ihr macht eine gute Zeitung. So gut, dass ich sie mir seit meinem Wegzug aus Genf nach Deutschland schicken lasse. Über euren Artikel «Krawattenverbände mit 1 bis 2 Damen» möchte ich aber meinen Unmut äussern: Ist das wirklich eine Gender-Baustelle für uns? «In den Hotels in der Schweiz arbeiten überwiegend Frauen, aber in der siebenköpfigen Verbandsleitung sitzt nur eine Frau.» Was wollt ihr damit sagen? Glaubt ihr denn im Ernst, dass es einen qualitativen Unterschied macht, ob mir ein Gucci-Kleid mit Perlenkette oder ein Boss-Anzug mit Krawatte gegenübersitzt, wenn ich über die Arbeitsbedingungen der Hotelbeschäftigten – überwiegend Frauen – verhandle?

Mich würde z. B. viel eher interessieren, ob die Herren und Damen in den Geschäftsleitungen ihre Reinigungskräfte und Babysitter, die sie privat anstellen, ordentlich entlöhnen und Sozialversicherungsbeiträge für sie entrichten.

Dieses Thema könnte, zumindest teilweise, auch selbstkritisch aufgegriffen werden: Als die Unia, die SP und andere 2019 zum nationalen Frauenstreik aufriefen, sagte mir eine Vertreterin der Swiss Nanny Association in Genf, dass ihre Mitglieder leider nicht am Frauenstreik teilnehmen könnten, weil ihre Arbeitgeberinnen auf der Strasse seien. Sorry, aber Frau allein reicht nicht!

KARIN PAPE, BREMEN (D)

WORKPOST

Rosen im Winter

Die Rose winkt dem alten
Knacker-Jahr – «Adieu!»
Nun komm, du, das neue kernige Jahr!
Was wird sich wohl ändern?
Nur die Zahl, sonst nichts. Du gehst
deinen Pflichten nach
wie im alten Jahr. Nichts ändert
sich im neuen Jahr. Es bleibt, wie es ist;
es ändert sich nur die Zahl.

Wacht auf!
Arbeiterinnen
und Arbeiter,
wacht auf! Öffnet
die Augen und
hört gut zu, was
vor sich geht. Sig-
nale gibt es genug
im neuen Jahr;
sonst ändert sich
nichts, nur die Zahl.

Es ändert sich viel
im Arbeitsfeld im neuen
Jahr. Das, was uns nicht gefällt.
Habt ihr nichts zu sagen? O doch,
wir müssen uns nur wagen,
Neues zu fragen im neuen Jahr.
Sonst ändert sich nichts, nur die Zahl.

Der Druck und Stress jedes Jahr
macht uns krank und schwach
wie jedes Jahr. Es ändert sich nichts im
neuen Jahr, es ändert sich nur die Zahl.

Es ist vorbei mit dem Arbeitsfrieden,
und wir werden Arbeitskämpfer
im neuen Jahr. Wenn nicht, dann bleibt es,
wie es immer war wie jedes Jahr.
Es ändert sich nichts im neuen Jahr, es ist
nur die Zahl.

Die Umweltkrise macht uns Angst
und Bange. Das ist die Kapitalisten-
Schlange. Vertreibt die Kapitalisten-
Schlange aus ihrem Versteck.
Erschreckt sie mit kämpferischem Geist,
sonst ändert sich nichts im neuen
Jahr, dann ändert sich nur die Zahl.

Ein welches Ach hat das alte Jahr uns
gebracht. Omikron und vieles mehr,
wir müssen zu diesen Kämpfen zu-
sammenstehen. Auch steigt das
Rentenalter in die Höhe, das
ist der Bonzen-Hohn. Der
Kampf bringt unseren
Lohn im neuen Jahr.

Liebe Frauen und
Männer, ihr habt
viel Power, drum habt Ver-
trauen im neuen Jahr.
Sonst bleibt es, wie es immer
war, es ändert sich nichts,
nur die Zahl.

Es ist die Zeit zum Zusammenstehen,
bei Wind und Regen oder ob es
schneit. Wir sind allzeit bereit im neuen
Jahr, wenn nicht, dann bleibt es, wie es
immer war auch im neuen Jahr, es ändert
sich dann nur die Zahl.

Macht euch stark und macht
zusammen die Gewerkschaft stark!
Lehrt das Fürchten diese Bonzen,
zusammen sind wir stark,
dann ändert sich doch etwas
im neuen Jahr.

Die Rose winkt dem alten
Knacker-Jahr – «Adieu!»
und grüsst das neue kernige Jahr.

Jean Aicher, langjähriges Mitglied der Unia Zürich-Schaffhausen

WORK 21 / 17.12.2021:
KOMMANDANT BIFFIGER UND DAS UNIA-CHÄPPI

Geniale Serie

Aufschlussreicher Artikel über eine geniale Serie. Für einmal als Kompliment gemeint: «alles Amateure hier!»

URS HOCHSTRASSER, VIA FACEBOOK

WORK 21 / 17.12.2021:
ZÜRICH VERTUSCHT DEN WAHREN BÜHRLE

Der richtige Platz

Faschisten und Kriegstreiber, die als miese Kapitalisten ihren Reichtum auf dem Buckel der Arbeiterinnen ergaunert haben, müssten endlich ihren richtigen und verdienten Platz in der Geschichte bekommen! Die Bildersammlung und das Vermögen gehören dem Volk.

THOMAS SCHIEWECK, VIA FACEBOOK

WORK 20 / 3.12.2021:
«SIND WIR KEINE MENSCHEN?»

Und wie sieht's bei Dieci aus?

Es waren sehr interessante Artikel über Smood und DPD. Ich habe Erfahrung bei der DHL, da ist alles wie bei DPD. Ich würde auch gerne lesen, zu welchen Bedingungen die Kurierinnen und Kuriere von Dieci Pizza arbeiten. Ich habe gehört, sie erhalten nur 13 Franken pro Stunde brutto.

VLADIMIR BOGUSLAVSKIYM, PER MAIL

INSERAT

Das Al Forno Vacanze in Pila/Intragna sucht eine neue

Betriebsleitung / Gastgeber:in

Al Forno vacanze

Al Forno Vacanze ist eine Rustico-Feriensiedlung oberhalb von Intragna im Weiler Pila, am Eingang des Centovalli, erreichbar mit der Seilbahn oder zu Fuss. Die familienfreundlichen Ferienwohnungen verfügen über insgesamt etwa 60 Betten.

Das Al Forno hat eine bewegte Geschichte hinter sich, bot es doch während des Zweiten Weltkriegs Schutz für politische Flüchtlinge aus dem nationalsozialistischen Deutschland. Diesem Erbe fühlt sich Al Forno weiterhin verpflichtet.

Nach 24 erfolgreichen Geschäftsjahren verlässt uns nun das bisherige Betriebsleitungs-Paar. **Wir suchen deshalb ab Frühling/Sommer 2022 bzw. nach Vereinbarung neue Gastgeber:innen, welche das Al Forno Vacanze selbständig führen und weiterentwickeln.** Paar erwünscht, aber keine Bedingung.

Interessent:innen nehmen bitte mit Peter Vollmer (Präsident Trägerverein) Kontakt auf: *Peter Vollmer, Postfach, 3001 Bern / peter@vollmer.ch.* Mehr Informationen unter: www.al-forno.ch

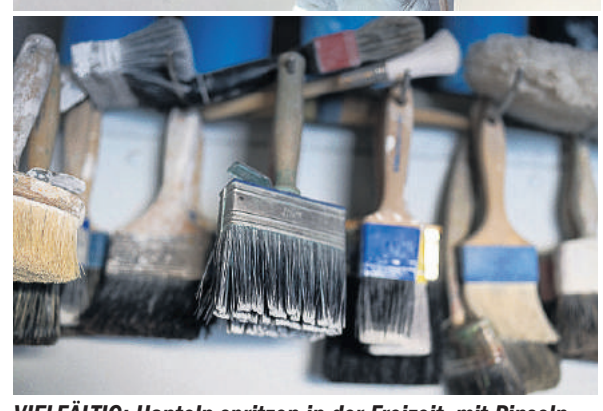
NINA ZINGG

BOXERIN

Nina Zingg ist 1998 geboren, wuchs in der Bodenseeregion auf und ging hier zur Schule. Ein Jahr weilte sie mit der Familie in der Türkei, kehrte dann aber wieder in die Schweiz zurück. Jetzt wohnt sie zusammen mit ihrem Freund in Steinach SG, wenige Schritte vom Bodenseeufer entfernt. Ihre Mutter ist im benachbarten Arbon TG zu Hause.

FAIRNESS. Auf der Suche nach einem Freizeitsport landete Nina Zingg beim Boxclub Arbon. Dort hat sie eine einzige Kollegin, der Rest sind alles Männer. Doch das macht ihr nichts aus: «Was zählt, ist die Atmosphäre.» Nina ist vom Boxsport fasziniert. Hier gehe es in erster Linie um Selbstbehauptung, Körperbeherrschung und Fairness, stellt sie klar. Hanteln, Springseil und Liegestütze sind für die Muskeln. Gefragt sind ebenso schnelle Reaktion und Treffsicherheit.

LIZENZ. Im Sparring übt Nina gut geschützt mit Kopf- und Mundschutz sowie dem für Frauen obligatorischen Brustschutz. Und das schon seit zehn Jahren. Eine gröbere Verletzung am Fuss zwang sie zu einer längeren Pause. «Das ist jetzt aber verheilt», sagt sie. Einen echten Ringkampf hat sie noch nicht bestritten. Dies ist auch nur mit einer Lizenz möglich. Strebt sie das an? Nina lässt die Antwort aus. Doch ihre Augen sagen alles.
Nina Zingg ist Unia-Mitglied. Sie verdient für ihr 100-Prozent-Pensum rund 5000 Franken.



VIELFÄLTIG: Hanteln spritzen in der Freizeit, mit Pinseln hantieren im Job.

Nina Zingg (23) fühlt sich als Malerin rundum wohl

«Mit ein bisschen Farbe sieht's besser aus!»

Ob schleifen, grundieren, anstreichen oder mit der Spritzpistole hantieren: Malerin Nina Zingg macht's mit Leidenschaft. Ebenso gerne steigt sie in den Ring.

RALPH HUG | FOTOS DANIEL AMMANN

Sie stürmt herein, reicht kurz, aber kräftig die Hand, verschwindet in der Küche, ruft «mit oder ohne?» und setzt sich erwartungsvoll hinter den Krug mit frischem Mineralwasser. Es ist Feierabend, 18.30 Uhr. Nina Zingg kommt grad von der Büez, etwas verspätet. Die 23jährige hat soeben Dutzende von Hanteln gelb angestrichen. Müssen Malerinnen jetzt auch noch Hanteln färben? «Nein, nein», wehrt sie ab. Das war eine Arbeit in der Freizeit, sie hat noch Ferien. «Mit ein bisschen Farbe sieht's einfach besser aus im Fitnessraum», sagt sie. Und zeigt ein Handyfoto zum Beweis.

MIT VERVE. Die Hanteln gehören dem Boxclub Arbon. Dreimal pro Woche ist Nina dort im Training. Soeben hat sie von ihrem Freund neue Boxhandschuhe bekommen, ganz aus Leder, 160 Franken das Paar, nicht gerade billig. Die alten aus Kunstleder waren schon ziemlich durch. Nun freut sie sich auf die nächsten Sparring-Runden (siehe Sideline). Die junge Powerfrau dreht nicht nur in der Freizeit auf, sondern auch im Job: «Wenn schon, dann richtig!» so ihr Credo. Halbe Sachen mag sie nicht. Und lacht dabei laut und herzlich mit ihrer leicht rauchigen Stimme.

Nina Zingg arbeitet bei Fabrizio Faes, einer Malerfirma im benachbarten Arbon TG. Vier Angestellte sind im Team. Die Firma erledigt sämtliche Malerarbeiten, sei es aussen oder innen. Die meisten Aufträge kommen aus der Region. Bei Bedarf fährt das Team auch nach Zürich oder ins benachbarte Ausland, etwa nach Frankreich. Alles schon passiert. Für Nina Zingg kein Problem, denn was ihr am Malerinnenberuf besonders gefällt, ist seine Vielseitigkeit. «Kein Tag ist wie der andere, mir ist es noch nie langweilig geworden», versichert sie ohne Zögern.

Ob schleifen, grundieren, anstreichen, Farben mischen oder mit der Spritzpistole hantieren – Zingg nimmt alles fachkundig und mit Verve in Angriff. Selbst schwere Farbkübel in den fünften Stock zu wuchten macht ihr nichts aus. «Training!» sagt sie sich dann. Sie hat kein Problem mit einem Job, der sie jeden Tag physisch fordert.

Beinahe wäre sie Gipserin geworden. Das hätte ihr genauso gut gepasst. Doch leider war nach dem Schulabschluss keine Lehrstelle frei. Dass sie weder Coiffeuse noch Pflegerin noch Köchin werden wollte, ist ihr nach dem Schnuppern schnell klar geworden. Als Malerin ist Nina Zingg im richtigen Beruf. Da fühlt sie sich rundum wohl.

MIT HUMOR. Heute arbeiten viele Frauen im Malergeschäft. Sie sind aber nach wie vor in der Minderheit. Keine Probleme damit, wo es doch auf dem Bau ziemlich rau zu- und hergeht? Nicht für Nina Zingg. Mit ihrer direkten, offenen Art und ihrer kräftigen Erscheinung ist sie unter Berufskollegen schnell akzeptiert. Klar höre sie manchmal «blöde Sprüche». Aber dann nehme sie es mit Humor. Kommt ihr mal einer wirklich schräg, dann weiss sie sich zu wehren. Mit Worten. Das hat sie übrigens schon lange vor dem Boxen gelernt. Es gibt nicht viel, was Zingg im Job wirklich ärgert. Sie wird nur dann etwas nervös, wenn ein Kunde bei der Renovation seiner Wohnung nicht von der Stelle weicht und jeden ihrer Arbeitsschritte beobachtet und kontrolliert. «Misstrauen mag ich nicht», sagt sie. Trotzdem kann sie ein solches Verhalten verstehen: «Wir sind ja bei den Leuten zu Hause, in ihrer Privatsphäre, und das vertragen nicht alle gleich gut.»

Schon während der Lehrzeit ist Nina Zingg der Unia beigetreten. Der Vorarbeiter hat ihr gesagt: «Wär das nicht auch etwas für dich? Ist immer jemand da, wenn du Probleme hast.» Das hat ihr eingeleuchtet, und sie sagte sich: Eine gute Sache, warum nicht? Heute ist sie ein aktives Mitglied in der Unia-Regionalgruppe, zudem amtet sie als Delegierte für die Berufskonferenz Maler/Gipser. In der Frauengruppe hat sie schon so manches Transparent mit Parolen für gleichen Lohn bemalt. «Hat Spass gemacht», sagt sie, zupft das Poloshirt zurecht und lacht wieder ihr herzliches Lachen. Nina geht die Dinge optimistisch an. Am Wochenende ist dann auch mal Ausspannen angesagt. Für Bequemlichkeit ist gesorgt: Das riesige Sofa füllt fast die Hälfte ihrer Stube. Da lassen sich gut Kräfte sammeln für künftige Runden – im Beruf wie auch im Sport.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Digitalredaktorin), patriciadincau@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Mattia Lento, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.